
Bericht

SWE Stadtwerke Erfurt GmbH
Erfurt

Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015
und des Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2015

Auftrag: 0.0781457.002



Inhaltsverzeichnis	Seite
Abkürzungsverzeichnis.....	4
A. Prüfungsauftrag und Unabhängigkeitsbestätigung	7
I. Prüfungsauftrag	7
II. Bestätigung der Unabhängigkeit	7
B. Grundsätzliche Feststellungen	8
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung.....	8
II. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks.....	12
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	14
D. Feststellungen zur Konzernrechnungslegung.....	17
I. Ordnungsmäßigkeit der Konzernrechnungslegung.....	17
1. Rechtsgrundlagen	17
2. Konsolidierungskreis und Konzernabschlussstichtag	17
3. Konsolidierungsgrundsätze	18
4. Konzernbuchführung	19
5. In den Konzernabschluss einbezogene Abschlüsse	20
6. Konzernabschluss.....	20
7. Konzernlagebericht	20
II. Gesamtaussage des Konzernabschlusses.....	21
III. Weitere Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.....	23
a) Analyse der Vermögens- und Kapitalstruktur	23
b) Analyse des Cashflows	26
c) Analyse der Ertragslage.....	27
E. Schlussbemerkung.....	31

Anlagen (siehe gesondertes Verzeichnis)

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (€, % usw.) auftreten.
--

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
B & R GmbH	B & R Bioverwertung & Recycling GmbH, Erfurt
BilMoG	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz)
Bsys GmbH	Bsys Mitteldeutsche Beratungs- und Systemhaus GmbH, Erfurt
BUGA Erfurt 2021	Bundesgartenschau Erfurt 2021 gemeinnützige GmbH, Erfurt
DMBilG	DM-Bilanzgesetz
DRS	Deutscher Rechnungslegungsstandard
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
ega GmbH	Erfurter Garten- und Ausstellungen GmbH (ega), Erfurt
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
En Da Net GmbH	En Da Net GmbH, Erfurt
EVAG	Erfurter Verkehrsbetriebe AG, Erfurt
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GWA mbH	GWA Gesellschaft für Wasser- und Abwasserservice mbH, Erfurt
GuD	Gas- und Dampfturbine
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HR B	Handelsregister Abteilung B
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
i.e.S.	im engeren Sinne
kfr.	kurzfristig
KG	Kommanditgesellschaft
Kom9 GmbH & Co. KG	Kom9 GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
lfr.	langfristig
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PS	Prüfungsstandard des IDW
PSUT GmbH	Pumpenservice und Umwelttechnik Günter Eisenberg GmbH, Mellingen
SWE GmbH	SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Erfurt

SWE B GmbH	SWE Bäder GmbH, Erfurt
SWE E GmbH	SWE Energie GmbH, Erfurt
SWE EE GmbH	SWE Erneuerbare Energien GmbH, Erfurt
SWE N GmbH	SWE Netz GmbH, Erfurt
SWE P GmbH	SWE Parken GmbH, Erfurt
SWE S GmbH	SWE Service GmbH, Erfurt
SWE SW GmbH	SWE Stadtwirtschaft GmbH, Erfurt
SWE TS GmbH	SWE Technische Service GmbH, Erfurt
ThüWa GmbH	ThüWa ThüringenWasser GmbH, Erfurt
TUS GmbH	TUS Thüringer UmweltService GmbH, Erfurt
VNG AG	VNG-Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig
VNG VuB	VNG Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Erfurt

A. Prüfungsauftrag und Unabhängigkeitsbestätigung

I. Prüfungsauftrag

1. Aufgrund unserer Wahl zum Konzernabschlussprüfer durch die ordentliche Gesellschafterversammlung am 22. Juli 2015 erteilte uns der Aufsichtsratsvorsitzende der

SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Erfurt,

(im Folgenden auch "SWE GmbH", "Gesellschaft" oder "Mutterunternehmen" genannt)

den Auftrag, den **Konzernabschluss** der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 und den **Konzernlagebericht** für dieses Geschäftsjahr gemäß §§ 316 ff. HGB zu prüfen.

Wir wurden ebenfalls damit beauftragt, den **Jahresabschluss** der SWE GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 und den **Lagebericht** für dieses Geschäftsjahr nach §§ 316 ff. HGB zu prüfen. Wir verweisen hierzu auf unseren gesonderten Prüfungsbericht.

2. Für die **Durchführung des Auftrags** und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002 vereinbart.
3. Über Art und Umfang sowie über das **Ergebnis unserer Prüfung** erstatten wir diesen Bericht nach den Grundsätzen des IDW PS 450, dem der von uns geprüfte Konzernabschluss sowie der geprüfte Konzernlagebericht als Anlagen beigefügt sind.

II. Bestätigung der Unabhängigkeit

4. Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung

5. Nachfolgend stellen wir zusammengefasst die Beurteilung der Lage des SWE Konzerns durch die Geschäftsführung des Mutterunternehmens (siehe Anlage I) dar.
6. Zu den **Grundlagen des Konzerns** führt der Geschäftsführer aus, dass die Stadtwerke Erfurt Gruppe in den fünf Kompetenzfeldern Versorgung, Umwelt, Mobilität, Service und Freizeit tätig ist und u. a. Leistungen in den Medien Strom, Gas, Wärme, Entsorgung und Nahverkehr anbietet. Die Muttergesellschaft fungiert als strategische Managementholding und übernimmt im Interesse der Landeshauptstadt Erfurt die strategische Steuerung. Zu den strategischen Zielen gehören die Verbindung von Ökologie und Ökonomie, die nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität in der Landeshauptstadt Erfurt und die Mitgestaltung der Schwerpunktthemen „Energiewende“ und „Bundesgartenschau 2021“. Zudem stärkt die Stadtwerke Erfurt Gruppe über die Nutzung des steuerlichen Querverbundes, die Zahlung von Konzessionsabgaben und Gewerbesteuer sowie Gewinnausschüttungen nachhaltig den kommunalen Haushalt.

In der Stadtwerke Erfurt Gruppe wurden in 2015 Umsatzerlöse von € 387 Mio. erzielt, € 35 Mio. investiert und es waren am Schluss des Geschäftsjahres 1.695 Mitarbeiter und 101 Auszubildende beschäftigt.

7. Im **Wirtschaftsbericht** werden einleitend die regionalen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit des Konzerns dargestellt. Diese sind durch eine leicht positive wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates Thüringen gekennzeichnet. Die Landeshauptstadt Erfurt als politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum des Freistaates Thüringen hat sich als bedeutender Wirtschaftsstandort in Ostdeutschland etabliert und weist eine positive Einwohnerentwicklung aus.
8. Weiter geht der Geschäftsführer auf die **branchenspezifischen Rahmenbedingungen und den Geschäftsverlauf** in den einzelnen Kompetenzfeldern ein. Hervorzuheben sind hier aus unserer Sicht:

Konzernleitung

- Im Geschäftsjahr 2015 wurde der konzernweite Strategieprozess "SWE fit 2020" fortgesetzt und in Umsetzung der Projektergebnisse die Tätigkeitsbereiche der SWE TS GmbH auf andere Konzerngesellschaften übertragen und die Gesellschaft durch Verschmelzung zum 1. April 2015 beendet. Des Weiteren wurde mit der konzernweiten Bündelung des Einkaufsprozesses begonnen und verschiedene Controllingprozesse neu strukturiert.
- In Vorbereitung der Bundesgartenschau 2021 wurden die gesellschafts- und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen untersucht und in diesem Zusammenhang die Abstimmung mit den Finanzbehörden hinsichtlich der Gemeinnützigkeit der ega GmbH eingeleitet.

- Im Zusammenhang mit dem Umbau des Steigerwaldstadions zur Multifunktionsarena durch die Stadt Erfurt hat sich die SWE GmbH mit 51 % an der Betreibergesellschaft beteiligt.
- Das Andienungsverfahren zum Verkauf der Aktien an der VNG AG wurde mit der Vorlage des Gutachtens zur Bewertung der Aktien und der Entscheidung der LVV Leipziger Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft mbH, von ihrem Erwerbsrecht Abstand zu nehmen, abgeschlossen.

Kompetenzfeld Versorgung

- Die Rahmenbedingungen der Energieversorgung sind durch die energiepolitischen Entscheidungen zur Energiewende und die damit im Zusammenhang stehenden gesetzlichen Regelungen geprägt. Einerseits bedingen steigende gesetzliche Umlagen höhere Stromkosten für Endverbraucher, andererseits führt der Preisverfall an der Strombörse zur Unrentabilität konventioneller Stromerzeugungsanlagen.
- Das durchschnittliche Temperaturniveau im Jahr 2015 lag unter dem Vorjahreswert, was einen höheren Wärmebedarf bewirkte.
- Der Stromabsatz lag 2015 mit 715,5 GWh um 132 GWh unter dem Wert des Vorjahres, während der Gasabsatz mit 616,4 GWh über dem Vorjahresniveau von 567,4 GWh lag.
- Im regulierten Netzgeschäft war gegenüber dem Vorjahr eine reduzierte Einspeisemenge Strom von 1.036 GWh und eine höhere Einspeisemenge Gas von 2.308 GWh zu verzeichnen.
- Im Bereich der Trinkwasserversorgung, die in einem stabilen Marktumfeld angesiedelt ist, konnten mit 11,9 Mio. m³ um 0,3 Mio. m³ Trinkwasser mehr als im Vorjahr verkauft werden.
- Die Preise für Strom, Gas und Wasser blieben gegenüber dem Vorjahr stabil.

Kompetenzfeld Umwelt

- Der Einwohneranstieg Erfurts und die für den Umweltbereich günstigen Witterungsbedingungen schlugen sich in einer guten Kapazitätsauslastung der Sammlungssysteme von Hausmüll, Bio- und Grünabfall sowie der Wertstoffaufbereitungs-, Sortier- und Verwertungsanlagen nieder.

Kompetenzfeld Mobilität

- Mit 48,3 Mio. Linienbeförderungsfällen konnte ein Zuwachs um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr registriert werden.
- Die Umsetzung einer geänderten Preisbildungsstruktur des Verbundtarifes Mittelthüringen hatte positive Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit dieses Kompetenzfeldes.
- Im Fokus standen die Beweissicherungsverfahren und die Instandsetzungslösungen für die festgestellten Undichtigkeiten in den Dächern und für Korrosionsschäden im Fußboden der Combino-Straßenbahnen.

Kompetenzfeld Freizeit

- Mit knapp 477.000 lagen die Besucherzahlen des egaparks etwas unter dem Niveau des Vorjahres. Die Bäder konnten einen Anstieg der Besucherzahlen um rd. 51.000 auf rd. 676.000 Gäste gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.
9. Die Entwicklung der **Vermögens-, Finanz- und Ertragslage** wird durch den Geschäftsführer anhand von Kennzahlen dargestellt und wesentliche Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr erläutert.
- Die Ertragslage ist durch einen deutlich verbesserten Rohgewinn von T€ 177.348 (im Vorjahr T€ 168.352) gekennzeichnet. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit lag mit T€ 16.024 in etwa auf Vorjahresniveau und deutlich über dem im Vorjahr prognostizierten Wert von € 10,8 Mio. Bei einem Rückgang der Umsatzerlöse um rd. 5 % war eine überproportionale Abnahme des Materialaufwandes zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Strombereich zurückzuführen.
 - Nach Steuern schließt die Stadtwerke Erfurt Gruppe das Geschäftsjahr 2015 mit einem Konzernjahresüberschuss von € 8,7 Mio. (im Vorjahr € 10,8 Mio.) ab. Der Anteil der Minderheitsgesellschafter am Konzernjahresüberschuss beträgt € 7,0 Mio. (im Vorjahr € 6,8 Mio.).
 - Die Eigenkapitalquote stieg auf 53 % (im Vorjahr 51 %). Die Nettoverschuldung wurde weiter abgebaut und beträgt zum Bilanzstichtag T€ 153.618 (zum vorangegangenen Stichtag T€ 177.338). Der Cashflow i.e.S. (ohne Veränderung des Nettoumlaufvermögens, aber einschließlich Rückstellungsveränderungen) betrug T€ 47.526 (im Vorjahr T€ 45.832).
 - Die Vermögensstruktur ist durch einen 91 %igen Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme gekennzeichnet. Die Bilanzsumme verringerte sich um € 41 Mio., wobei hierzu auf der Aktivseite sowohl das Anlage- als auch das Umlaufvermögen und auf der Passivseite sowohl Eigen- als auch Fremdkapital beitrugen. Im Rahmen der Finanzierungsstrategie wurde die Finanzierungsstruktur in den Fristigkeiten als Reaktion auf das abgelehnte Kaufangebot über die VNG-Anteile verlängert.
 - Aus der laufenden Geschäftstätigkeit wurde ein Cashflow von T€ 59.691 (Vorjahr T€ 42.457) erwirtschaftet. Als Ursache für den Anstieg um rd. € 17,2 Mio. wird neben der Erhöhung des Cashflows i.e.S. vor allem das Working Capital Management angeführt (Working Capital = Differenz zwischen dem Umlaufvermögen und den kurzfristigen Verbindlichkeiten). Aus der Investitionstätigkeit sind in Folge höherer Bruttoinvestitionen rd. € 2,4 Mio. und aus der Finanzierungstätigkeit rd. € 16,7 Mio. mehr als im Vorjahr abgeflossen.
 - Der Finanzmittelfonds verringerte sich leicht um rd. € 0,3 Mio. und beträgt zum Bilanzstichtag € 2,0 Mio. (Vorjahr € 2,3 Mio.).
10. Laut **Nachtragsbericht** wurden im neuen Geschäftsjahr zu den in 2002 durch die EVAG geschlossenen US-Leasing-Transaktionen Vertragsanpassungen vorgenommen, die zu einer Beendigung des Geschäftes und damit zu einer Minimierung der Risikopositionen führten.

11. Im **Prognosebericht** nennt die Geschäftsführung wesentliche Kennziffern für das Folgejahr. Es wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf dem geplanten Niveau von € 10,0 Mio. und ein Cashflow i. e. S. in gleichbleibender Höhe erwartet. Die Eigenkapitalquote der Stadtwerke Erfurt Gruppe wird sich nach der Prognose weiterhin in einem soliden Bereich bewegen.
12. Der Lagebericht enthält zur **künftigen Entwicklung mit ihren wesentlichen Risiken und Chancen** unseres Erachtens folgende Kernaussagen:
- Die SWE GmbH hat ein konzernweit einheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet, in das alle wesentlichen Unternehmen der Gruppe einbezogen sind. Bestandsgefährdende Risiken werden zurzeit für die Stadtwerke Erfurt Gruppe nicht gesehen.
 - Bei zunehmendem Ertrags- und Kostendruck über alle Kompetenzfelder bestehen erhöhte Anforderungen an die Steuerung und Aufrechterhaltung der finanziellen Balance des steuerlichen Querverbundes. Hierbei sind ein zusätzlicher Investitionsbedarf im Zusammenhang mit der Energiewende und der Ertüchtigung des egaparks im Vorfeld der Bundesgartenschau 2021 sowie die Notwendigkeit einer Übernahme weiterer Aufgaben im Rahmen der Mehrheitsbeteiligung an der Betreibergesellschaft für die Multifunktionsarena zu berücksichtigen. Das Risiko eines finanziellen Ungleichgewichtes für den Querverbund erhöht sich, sollten Fördermittel für Investitionen in die Bundesgartenschau ausbleiben.
 - Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Rückübertragung der VNG-Aktien auf die SWE GmbH sieht die Geschäftsführung Chancen auf eine Verzinsung des gebundenen Kapitals oberhalb der Kapitalkosten und einen Beitrag zur Finanzierung des Querverbundes.
 - Für das Kompetenzfeld Versorgung (Strom, Gas, Wärme) bestehen branchentypische Preis-, Mengen- und Prognoserisiken. In den nächsten Jahren wird der Wettbewerb auf den Beschaffungs- und Vertriebsmärkten und damit der Margendruck weiter auf einem hohen Niveau verbleiben. Auf Grund der KWK-Förderung von Bestandsanlagen gemäß dem neuen KWK-G 2016 wird zumindest bis 2019 mit einem wirtschaftlichen Betrieb der Stromerzeugung gerechnet.
 - Für den Betrieb der Gas- und Stromnetze ergeben sich die wesentlichen Chancen und Risiken v. a. aus den regulatorischen Rahmenbedingungen. Aus der für 2016 erwarteten novellierten Anreizregulierungsverordnung sowie dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende können sich aufgrund der definierten Preisobergrenzen negative Auswirkungen auf die Ergebnisentwicklung ergeben.
 - Im Kompetenzfeld Mobilität werden die größten Risiken im technischen Bereich (Instandhaltung der Combino-Fahrzeuge) und in der Förderpolitik (Verteilung von Regionalisierungsmitteln, Betriebskostenzuschüsse des Freistaates Thüringen) gesehen.
 - Im Kompetenzfeld Freizeit bestehen für den egapark Risiken hinsichtlich der Fördermittelbewilligungen aufgrund potenzieller Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, hinsichtlich eines Besucherrückgangs bedingt durch die steigende Bautätigkeit sowie bezüglich der beihilferechtlichen Relevanz der Finanzierung des egaparks. Im Bäderbereich besteht das Risiko erhöhter Instandhaltungsaufwendungen aufgrund festgestellter Baumängel.

13. Die Beurteilung der Lage des Konzerns, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Konzerns, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

II. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

14. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 27. April 2016 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Erfurt, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

15. Gegenstand unserer Prüfung waren der nach den Vorschriften der §§ 290 ff. HGB aufgestellte **Konzernabschluss** für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel, sowie der nach § 315 HGB aufgestellte **Konzernlagebericht** für dieses Geschäftsjahr. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Konzernabschluss und Konzernlagebericht tragen die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens. Unsere Aufgabe war es, diese Unterlagen einer Prüfung dahingehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Konzernrechnungslegung beachtet worden sind. Die Prüfung erstreckte sich insbesondere auf die Abgrenzung des Konsolidierungskreises, die Ordnungsmäßigkeit der in den Konzernabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse und die Ordnungsmäßigkeit der Konsolidierungsmaßnahmen sowie der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze.

Den Konzernlagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Konzernabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zutreffend dargestellt ist.

16. Unsere **Prüfung** haben wir im Dezember 2015 (vorbereitende Prüfungshandlungen) sowie im April 2016 in den Geschäftsräumen des Mutterunternehmens und der SWE S GmbH, die im Auftrag der SWE GmbH deren Bücher führt und den Konzernabschluss erstellt, sowie in unserer Niederlassung in Erfurt durchgeführt.
17. **Ausgangspunkt** unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014.
18. Bei Durchführung der Prüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die in den Prüfungsstandards des IDW niedergelegten **Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung** beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, erkennen konnten. Gegenstand unseres Auftrags waren weder die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen oder sonstige Untreuehandlungen, und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten, noch die Beurteilung der Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung haben wir jedoch so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Konzernrechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden. Die gesetzlichen Vertreter des Mut-

terunternehmens sowie der Tochterunternehmen sind für die Einrichtung und Durchsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten verantwortlich. Die Überwachung obliegt den Aufsichtsräten des Mutterunternehmens sowie der Tochterunternehmen, die dabei auch das Risiko der Umgehung von Kontrollmaßnahmen berücksichtigen.

19. Im Rahmen unseres **risikoorientierten Prüfungsansatzes** haben wir uns zunächst einen aktuellen Überblick über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns verschafft. Zu diesem Zweck haben wir Informationen zu den einzelnen Geschäftsbereichen des Konzerns und zur Steuerung und Überwachung der Konzernaktivitäten eingeholt. Dies umfasste insbesondere Unterlagen des Konzern-Controllings, das sich im Wesentlichen auf monatliche Berichte der einzelnen Tochtergesellschaften stützt. Zudem haben wir eine Prüfung des für den Konzernabschluss relevanten internen Kontrollsystems vorgenommen. Hierzu zählen vor allem die organisatorischen Maßnahmen, die eine vollständige, richtige und zeitnahe Übermittlung der für die Aufstellung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichtes notwendigen Informationen gewährleisten sollen. Neben dem Prozess der Aufstellung des Konzernabschlusses haben wir uns von der Angemessenheit der Konzern-Bilanzierungsrichtlinien (Konzernrichtlinie 1/2006 "Handbuch für den Jahres- und Konzernabschluss", Neufassung 2015) überzeugt, die auf eine konzerneinheitliche Bilanzierung und Bewertung auf der Grundlage der für das Mutterunternehmen geltenden Vorschriften abzielen (§§ 300, 308 HGB). Die Einhaltung der Konzern-Bilanzierungsrichtlinien war Gegenstand der Prüfung der Abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften.
20. Im Zusammenhang mit den vorstehend beschriebenen Prüfungshandlungen haben wir die Risiken festgestellt, die zu wesentlichen Fehlern in der Konzernrechnungslegung führen können. In den Bereichen, in denen die Konzernleitung angemessene interne Kontrollen zur Begrenzung dieser Risiken eingerichtet hat, haben wir **Funktionsprüfungen** durchgeführt, um uns von der kontinuierlichen Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen. Der Grad der Wirksamkeit dieser internen Kontrollen bestimmte anschließend Art und Umfang unserer Prüfung einzelner Posten des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes. Soweit wir aufgrund der Wirksamkeit der eingerichteten internen Kontrollen von der Richtigkeit des zu prüfenden Zahlenmaterials ausgehen konnten, haben wir die Untersuchung von Einzelvorgängen weitgehend eingeschränkt.
21. Bei der **Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der in den Konzernabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse** haben wir die Prüfungsergebnisse anderer Abschlussprüfer nach § 317 Abs. 3 Satz 2 HGB überprüft und verwertet. Zur zeitlichen und sachlichen Planung der Konzernabschlussprüfung haben wir diese Abschlussprüfer über die anzuwendenden Rechnungslegungs- und Prüfungsgrundsätze sowie die einzuhaltenden Termine unterrichtet. Unter Berücksichtigung unserer Anweisungen haben die Abschlussprüfer jeweils eine Unabhängigkeitserklärung abgegeben sowie ein Memorandum verfasst, in dem die für die Konzernabschlussprüfung wesentlichen Sachverhalte, die im Rahmen der Jahresabschlussprüfung festgestellt wurden, aufgeführt werden.

Auf der Grundlage dieser Informationen haben wir weitere Prüfungshandlungen vorgenommen, die u. a. in der Durchsicht der Prüfungsberichte und Arbeitspapiere der anderen Prüfer, der Teilnahme an Eröffnungsgesprächen und Schlussbesprechungen und der Erörterung komplexer Bilanzierungsfragen mit den zuständigen Wirtschaftsprüfern bestanden.

22. Der nicht geprüfte Abschluss der PSUT GmbH, die in den Konzernabschluss als **Tochterunternehmen** einbezogenen ist, wurde von uns unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit nach § 317 Abs. 3 Satz 1 HGB daraufhin geprüft, ob die gesetzlichen Vorschriften beachtet und die konsolidierungsbedingten Anpassungen in zutreffender Weise vorgenommen wurden.
23. Zur **Prüfung der Posten des Konzernabschlusses** haben wir uns im Wesentlichen auf die Prüfungsergebnisse der Abschlussprüfer der einbezogenen Tochterunternehmen gestützt.
24. Die **Schwerpunkte** unserer Prüfungshandlungen lagen
 - auf der bilanziellen Behandlung des Erwerbs weiterer Anteile an der SWE TS GmbH und der anschließenden Umwandlungsvorgänge,
 - auf den spezifischen Geschäftsvorfällen und Abschlussposten aus dem Bereich der Energieversorgung und deren Auswirkungen auf den Konzernabschluss,
 - der zutreffenden Erfassung der Daten aus den Einzelabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen.
25. Weiterhin haben wir unter Berücksichtigung unserer Risikoeinschätzungen auf der Basis von Stichproben die **Konsolidierungsmaßnahmen** geprüft. Hierzu zählten insbesondere die Abgrenzung des Konsolidierungskreises, die Kapitalkonsolidierung, die Schuldenkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung, die Zwischenergebniseliminierung und die Bilanzierung latenter Steuern.
26. Von der Geschäftsführung des Mutterunternehmens sowie von den Geschäftsführungen der Tochterunternehmen und ggf. deren Abschlussprüfern sind uns alle verlangten **Aufklärungen und Nachweise** erbracht worden.

Die Geschäftsführung des Mutterunternehmens hat uns die berufsübliche schriftliche Vollständigkeitserklärung zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erteilt.

In einer ergänzenden Erklärung hat die Geschäftsführung des Mutterunternehmens zudem bestätigt, dass nach ihrer Auffassung die Auswirkungen von nicht gebuchten Prüfungsdifferenzen im Konzernabschluss und von nicht korrigierten Angaben im Konzernlagebericht sowohl einzeln als auch insgesamt unwesentlich sind.

D. Feststellungen zur Konzernrechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Konzernrechnungslegung

1. Rechtsgrundlagen

27. Die SWE GmbH ist als **Mutterunternehmen und Kapitalgesellschaft** gemäß §§ 290, 297 Abs. 1 Satz 1 HGB verpflichtet, einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht aufzustellen und nach §§ 316 ff. HGB prüfen zu lassen. Konzernabschluss und Konzernlagebericht sind nach § 325 HGB beim Betreiber des Bundesanzeigers elektronisch einzureichen und im Bundesanzeiger bekannt machen zu lassen.

2. Konsolidierungskreis und Konzernabschlussstichtag

28. Der Kreis der in den Konzernabschluss einbezogenen 16 (im Vorjahr 17) inländischen Unternehmen, an denen die SWE GmbH am Bilanzstichtag unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist und einen beherrschenden Einfluss ausübt, geht aus dem Konzernanhang (Anlage II) hervor.
29. Im Berichtsjahr ergaben sich gegenüber dem Vorjahr keine Änderungen des Konsolidierungskreises. Der Rückgang der Anzahl der vollkonsolidierten einbezogenen Tochterunternehmen von 17 auf 16 Gesellschaften ist ausschließlich auf Umwandlungsvorgänge (Abspaltungen aus der SWE TS GmbH und Verschmelzung der SWE TS GmbH auf mehrere Schwestergesellschaften) zurückzuführen. Eine im Berichtsjahr neu gegründete Gesellschaft, die Arena Erfurt GmbH, an der die SWE GmbH mit 51 % beteiligt ist, wurde wegen dauerhafter Beschränkung der Ausübung des beherrschenden Einflusses nach § 296 Abs. 1 Satz 1 HGB nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen.
30. Gemäß § 312 Abs. 1 Satz 1 HGB wurde – unverändert zum Vorjahr - ein inländisches Unternehmen, auf dessen Geschäfts- oder Finanzpolitik aufgrund von Stimmrechtsanteilen von 50 % ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird (**assoziiertes Unternehmen**), nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Auf die Bewertung des verbundenen Unternehmens Arena Erfurt GmbH (siehe Text 29) nach der Equity-Methode wurde in Ausübung des Wahlrechts nach § 311 Abs. 2 HGB verzichtet, da das für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens- Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung ist.
31. Die Angaben zum Konsolidierungskreis im Konzernanhang sind zutreffend. Von der Nichteinbeziehung von Tochterunternehmen in den Konzernabschluss nach § 296 HGB wurde zu Recht Gebrauch gemacht. Bei der Abgrenzung des Konsolidierungskreises wurde der Stetigkeitsgrundsatz beachtet.
32. Der **Konzernabschlussstichtag** (31. Dezember 2015) entspricht dem Stichtag des Jahresabschlusses des Mutterunternehmens und sämtlicher einbezogener Tochterunternehmen.

3. Konsolidierungsgrundsätze

33. Die **Kapitalkonsolidierung** erfolgte für Erstkonsolidierungen bis zum 31. Dezember 2009 nach der Buchwertmethode auf der Grundlage der Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Erwerbs- oder Gründungszeitpunkt bzw. zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung. Das war nach dem HGB in der Fassung bis zum 31. Dezember 2009 zulässig; nach den Regelungen des DRS 4.23 war die Neubewertungsmethode vorgesehen. Soweit im Rahmen der Erstkonsolidierung ein Unterschiedsbetrag entstand, wurde dieser auf stille Reserven und stille Lasten hin untersucht. Aktivische Unterschiedsbeträge (Geschäfts- oder Firmenwerte) wurden bis zum 31. Dezember 2009 mit der Kapitalrücklage verrechnet (abweichend zu DRS 4.27). Passivische Unterschiedsbeträge werden offen unter den Kapitalrücklagen ausgewiesen; eine planmäßige Auflösung erfolgt nicht. Die bis zum 31. Dezember 2009 angewandte Methode der Kapitalkonsolidierung wurde gemäß Art. 66 Abs. 3 Satz 4 EGHGB nach Umstellung des Rechnungswesens auf das HGB in der Fassung nach dem BilMoG beibehalten.
34. Erstkonsolidierungen seit dem 1. Januar 2010 erfolgen entsprechend § 301 Abs. 1 HGB nach der Neubewertungsmethode. Dabei werden die Anschaffungskosten der Anteile an den einbezogenen Tochterunternehmen mit dem jeweils anteiligen Reinvermögen basierend auf den beizulegenden Zeitwerten der übernommenen Vermögenswerte und Schulden dieser Unternehmen zum Zeitpunkt des Erwerbs verrechnet. Ein nach der Verrechnung verbleibender Unterschiedsbetrag wird (falls aktivisch) als Geschäfts- oder Firmenwert bzw. (falls passivisch) als Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung ausgewiesen. Der aktivische Unterschiedsbetrag aus der Erstkonsolidierung der Windwärts Meerberg GmbH & Co. Vierte Betreiber KG, Hannover (in 2013 Anwachsung nach § 738 Abs. 1 Satz 1 BGB zur SWE EE GmbH) wurde entsprechend als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen und wird planmäßig über fünf Jahre (voraussichtliche Nutzungsdauer) abgeschrieben. Im Berichtsjahr entstand ein Geschäfts- oder Firmenwert von T€ 137 aus dem Hinzuerwerb von 26,1 % der Anteile an der bereits in Vorjahren nach den Grundsätzen der Vollkonsolidierung einbezogenen SWE TS GmbH. Auch hier erfolgt die Auflösung über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren.
35. Entsprechend § 303 HGB wurden bei der **Schuldenkonsolidierung** Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen eliminiert. Durch Konsolidierungsmaßnahmen nach § 303 HGB verringerte sich das Konzernergebnis um T€ 75 (echte Aufrechnungsdifferenzen).
36. Die in den Konzernabschluss übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden der einbezogenen Unternehmen wurden einheitlich nach den für das Mutterunternehmen angewandten Bilanzierungsgrundsätzen angesetzt und bewertet. Die Bewertung entspricht den gesetzlichen Bestimmungen und wurde nach gegenüber dem Vorjahr unveränderten Grundsätzen vorgenommen.

37. Bei der Zusammenfassung der Gewinn- und Verlustrechnungen der einbezogenen Unternehmen wurden im Zuge der **Aufwands- und Ertragskonsolidierung** die Umsätze und anderen Erträge aus Lieferungen und Leistungen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen mit den auf sie entfallenden Aufwendungen verrechnet (ohne nennenswerte Differenzen).
38. Auf eine **Eliminierung von Zwischenergebnissen** wurde im Konzernabschluss aufgrund untergeordneter Bedeutung (§ 304 Abs. 2) HGB verzichtet. Aus einem konzerninternen Grundstücksverkauf wurde in 2015 ein Gewinn von T€ 273 realisiert, der nicht eliminiert wurde.
39. Die angewandten Konsolidierungsmethoden entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und wurden stetig angewendet.

4. Konzernbuchführung

40. Zur Gewährleistung einer konzerneinheitlichen Bilanzierung und Bewertung hat die SWE GmbH **Bilanzierungsrichtlinien** entwickelt, auf deren Grundlage die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ihre Jahresabschlüsse aufstellen, die anschließend der Aufstellung des Konzernabschlusses dienen. So ist sichergestellt, dass in den Jahresabschlüssen der einbezogenen Unternehmen die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze des Mutterunternehmens angewendet werden. Im Ausnahmefall noch erforderliche Anpassungen werden in der Handelsbilanz II durch die Konzernbuchführung vorgenommen.
41. Die **Konzernbuchführung** wird nach unseren Feststellungen ordnungsgemäß geführt.
42. Bei unserer Prüfung haben wir keine Feststellungen getroffen, die dagegen sprechen, dass die von dem Mutterunternehmen sowie den Shared-Services-Tochterunternehmen SWE S GmbH sowie Bsys GmbH getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die **Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme** zu gewährleisten.
43. Das rechnungslegungsbezogene **interne Kontrollsystem** ist nach unseren Feststellungen grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung des Buchungsstoffs zu gewährleisten.

5. In den Konzernabschluss einbezogene Abschlüsse

44. Die nach der Bilanzierungsrichtlinie der SWE GmbH aufgestellten Jahresabschlüsse und ergänzenden Konzernberichtsformulare der in den Konzernabschluss einbezogenen inländischen Tochterunternehmen sind - mit Ausnahme des für den Konzernabschluss nicht wesentlichen Jahresabschlusses der PSUT GmbH - von uns bzw. anderen Abschlussprüfern nach §§ 316 ff. HGB geprüft und mit einem uneingeschränkten Prüfungsurteil versehen worden.

Die von den Prüfern der Tochterunternehmen festgestellten, für den Konzernabschluss wesentlichen Sachverhalte, wurden auf Konzernebene weiterverfolgt und geklärt.

6. Konzernabschluss

45. Im Konzernabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 der SWE GmbH wurden die gesetzlichen Vorschriften beachtet. Der Konzernabschluss wurde ordnungsgemäß aus den einbezogenen Abschlüssen abgeleitet.
46. Der Anhang enthält die gesetzlich geforderten Erläuterungen und Angaben sowie die in Ausübung eines Wahlrechts nicht in die Bilanz oder in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommenen Angaben vollständig und richtig.
47. Die Empfehlungen des DRS 18 sehen die Aufnahme einer Überleitungsrechnung zwischen dem erwarteten Steueraufwand und dem ausgewiesenen Steueraufwand in den Konzernanhang vor. Diese Überleitungsrechnung ist im Anhang nicht enthalten. Daraus ergeben sich keine Konsequenzen für den Bestätigungsvermerk, da die betreffenden Empfehlungen gesetzlich nicht vorgeschrieben sind.
48. Die Aufstellung der Kapitalflussrechnung erfolgte nach den Grundsätzen des DRS 21. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.
49. Der Eigenkapitalpiegel wurde unter Beachtung von DRS 7 aufgestellt.

7. Konzernlagebericht

50. Der Konzernlagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften (§ 315 HGB). Er steht mit dem Konzernabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang. Der Konzernlagebericht vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns. Nach unserer Auffassung sind die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt.

II. Gesamtaussage des Konzernabschlusses

51. Der Konzernabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.
52. Zum besseren Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses gehen wir nachfolgend pflichtgemäß auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen, die gegenüber dem Vorjahr unverändert blieben, ein (§ 321 Abs. 2 Satz 4 HGB):
53. Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen ausgewiesen.

Im Berichtsjahr 2015 wurden außerplanmäßige Abschreibungen von T€ 4.849 (im Vorjahr T€ 3.126) vorgenommen. Diese betreffen die Gas- und Dampfturbinenanlage Linie 3 der SWE E GmbH. Nach Einschätzung der Geschäftsführung ist die Stromerzeugung der Linie 3 infolge der anhaltend niedrigen Strompreise und des Auslaufens der KWK-Förderung in 2019 nicht mehr wirtschaftlich, da die Versorgung der Kunden mit benötigter Fernwärme auch mit der Bestandsanlage erzeugt werden kann. Die Ermittlung des Wertes der dadurch entstandenen unrentablen Kapazitäten erfolgte unter Berücksichtigung der spezifischen Gestehungskosten der verdrängten Wärmeerzeugung in der Bestandsanlage, der Stromerlöse, der KWK-Erlöse und der zugehörigen Aufwendungen auf Basis eines Discounted-Cashflow Modells. Bei der Bestimmung des Barwertes wurde ein WACC von 6,4 % verwendet. Der Betrachtungszeitraum beträgt 15 Jahre (bis 2028). Die der Berechnung zugrunde liegenden Inputfaktoren (insbesondere die Preise für Strom, Gas und Emissionszertifikate) basieren im Wesentlichen auf einem Fundamentalmodell eines Energieberaters.

Auf die Herstellungskosten der Parkhäuser Am Domplatz sowie Am Stadion wurden in Vorjahren außerplanmäßige Abschreibungen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert gem. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB vorgenommen. Für beide Parkhäuser haben sich die Verhältnisse gegenüber 2002 bzw. 2008 (Jahr der außerplanmäßigen Abschreibung) nachhaltig verbessert, so dass Wertaufholungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB in Höhe von zusammen T€ 1.600 geboten waren. Die Wertermittlungen basieren auf der Discounted-Cash-Flow-Methode, wobei eine Gesamtnutzungsdauer von 30 Jahren und ein Zinssatz von 6,5 % (im Vorjahr 8,6 %) zu Grunde gelegt wurden.

54. Die Finanzanlagen sind mit den Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Abwertungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Bewertung der VNG-Aktien erfolgte zu individuellen Anschaffungskosten. Aus dem Jahres- und Konzernabschluss der VNG AG zum 31. Dezember 2015 ergaben sich Anhaltspunkte für Wertminderungen einzelner Aktien unter die individuellen Anschaffungskosten dieser Aktien. Es wurden außerplanmäßige Abschreibungen von T€ 6.479 vorgenommen. Ausgehend von der zum 31. Dezember 2013 vorliegenden Unternehmenswertermittlung nach einem Discounted-Cashflow-Verfahren in der Ausprägung des Adjusted-

Present-Value-Ansatzes wurden die wesentlichen Bewertungsannahmen – soweit bekannt – zum 31. Dezember 2015 fortgeschrieben. Dabei wurden v. a. der nachhaltig erwartete Free Cashflow nach unten korrigiert sowie der Basiszinssatz an die aktuelle Marktentwicklung angepasst.

55. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden grundsätzlich mit dem Nominalwert oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Die Forderungen aus der Energie- und Wasserversorgung gegen leistungsgemessene Individualkunden beruhen grundsätzlich auf Stichtagsablesungen. Den Forderungen gegen die Geschäfts- und Privatkunden lag die rollierende Jahresverbrauchsabrechnung zugrunde, wobei die zum Bilanzstichtag abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Lieferungen auf der Grundlage einer Hochrechnung ermittelt wurden. Von diesen Forderungen wurden die erhaltenen Abschlagszahlungen abgesetzt.

56. Das Wahlrecht zur Aktivierung latenter Steuern aus Unterschieden in der Bewertung zwischen Handels- und Steuerbilanz auf Ebene der Einzelabschlüsse wird im Konzernabschluss nicht neu ausgeübt. In den Einzelabschlüssen werden keine latenten Steuern aktiviert.

Die aktiven latenten Steuern im Konzernabschluss entfallen auf steuerliche Verlustvorträge bei den in den Konzernabschluss einzubeziehenden Unternehmen. In analoger Anwendung des § 274 Abs. 1 Satz 4 HGB wurden voraussichtlich nutzbare steuerliche Verlustvorträge für die nächsten fünf Jahre berücksichtigt. Nach Verrechnung mit den passiven latenten Steuern aus Konsolidierungsvorgängen werden ausschließlich passive latente Steuern ausgewiesen.

57. Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge werden ab dem Geschäftsjahr 2003 im Sonderposten für Investitionszuschüsse ausgewiesen und entsprechend der Nutzungsdauer der betreffenden Anlagen aufgelöst. Zugänge bis zum Geschäftsjahr 2002 wurden den empfangenen Ertragszuschüssen zugeführt und grundsätzlich vertragsorientiert aufgelöst. Darüber hinaus sind im Sonderposten für Investitionszuschüsse erhaltene Investitionszulagen und Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens enthalten.

58. Die Bewertung der Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge der Deponie in Erfurt-Schwerborn basiert auf dem Gutachten "Fortschreibung Kostenschätzung zur Stilllegung und Nachsorge 2015" der pbo Ingenieurgesellschaft mbH vom 7. September 2015 sowie internen Berechnungen. Die Hochrechnung der sich aus dem Gutachten ergebenden Nominalbeträge auf Erfüllungsbeträge basiert auf dem durchschnittlichen Baupreisindex des Statistischen Bundesamtes bis zum Ende der jeweiligen Laufzeit zuzüglich eines Risikoaufschlags. Die Abzinsung der Rückstellungen erfolgt mit den Abzinsungssätzen der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB.

59. Rückstellungen für Risiken aus Preisänderungsklauseln beruhen auf der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu Preisgleitklauseln in Sonderkundenverträgen. Sie wurden für Preiserhöhungen ab 2011 für den Bereich Strom in Höhe von T€ 3.036 (zum Vorjahresstichtag T€ 2.064) und für den

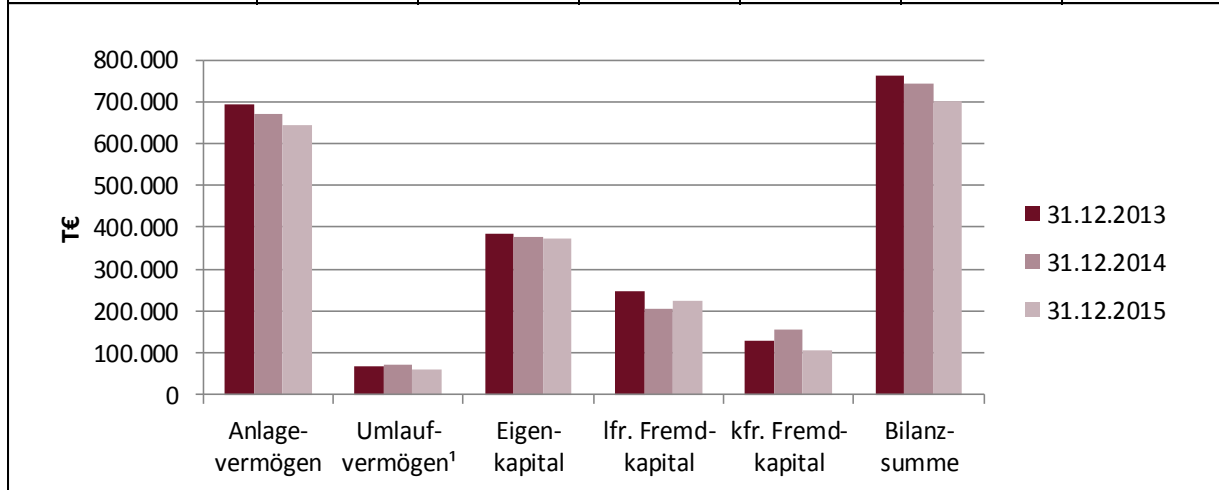
Bereich Fernwärme in Höhe von T€ 335 (zum Vorjahresstichtag T€ 2.186) gebildet. Für den Bereich Fernwärme konnten im Zusammenhang mit dem Abschluss neuer Verträge T€ 1.851 aufgelöst werden. Bei der Bewertung wurde unverändert zum Vorjahr eine Rückforderungsquote von 20 % angesetzt.

III. Weitere Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns

a) Analyse der Vermögens- und Kapitalstruktur

60. Der folgenden Darstellung liegt die Konzernbilanz zum 31. Dezember 2015 zugrunde, deren Positionen nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Werten zum 31. Dezember 2014 und 2013 gegenübergestellt sind.
61. Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG haben wir mit den entsprechenden Rücklagen verrechnet. Die passiven latenten Steuern haben wir trotz des teilweise langfristigen Charakters aus Gründen der Übersichtlichkeit den übrigen Passiva zugeordnet.
62. Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite den eigenen bzw. fremden Mitteln zugeordnet, wobei innerhalb der fremden Mittel eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt. Die Sonderposten für Zuwendungen und die empfangenen Ertragszuschüsse haben wir entsprechend den zu erwartenden steuerlichen Belastungen zu 70 % den eigenen Mitteln und zu 30 % den langfristigen Fremdmitteln zugeordnet.

	Anlage- vermögen	Umlauf- vermögen ¹	Eigen- kapital	lfr. Fremd- kapital	kfr. Fremd- kapital	Bilanz- summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
31.12.2013	693.027	68.048	383.389	246.922	130.764	761.075
31.12.2014	668.977	73.871	378.778	207.065	157.005	742.848
31.12.2015	642.368	59.431	372.648	223.466	105.685	701.799



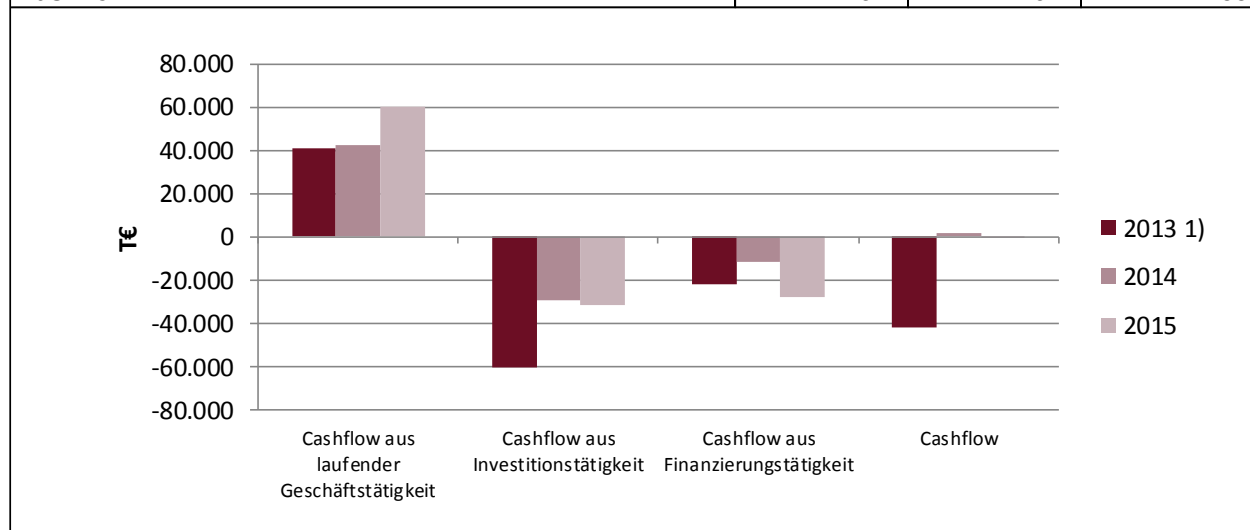
¹ einschl. Rechnungsabgrenzungsposten

63. Die (um das Sonderverlustkonto nach § 17 Abs. 4 DMBilG bereinigte) Bilanzsumme verringerte sich in 2015 um T€ 41.049 bzw. 5,5 %. Die Verringerung betrifft auf der Vermögensseite v. a. mit T€ 21.963 das Sachanlagevermögen und mit T€ 10.724 die Liefer- und Leistungsforderungen. Auf der Passivseite verringerten sich insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um T€ 23.975 und die Sonderposten aus Ertrags- und Investitionszuschüssen in Folge planmäßiger Auflösungen um T€ 8.997. Gleichzeitig ist eine deutliche Verschiebung von der kurz- in die mittel- und langfristige Finanzierung zu verzeichnen.
64. In das Sachanlagevermögen wurden T€ 31.452 – u. a. in das Schienennetz der Straßenbahn, vier Gelenkbusse, Anlagen der Strom- und Wärmeerzeugung sowie Gas-, Fernwärme- und Stromnetze - investiert. Den Zugängen zum Sachanlagevermögen stehen planmäßige und außerplanmäßige Ab- und Zuschreibungen von zusammen T€ 53.025 und Abgänge von T€ 396 gegenüber.
65. Zum Rückgang des gesamten Anlagevermögens haben darüber hinaus außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen mit T€ 6.598 wesentlich beigetragen.
66. Der Anteil des Anlagevermögens an der bereinigten Bilanzsumme erhöhte sich geringfügig von rd. 90 % auf rd. 92 %. Das Anlagevermögen ist zu 58 % durch eigene Mittel bzw. zu 93 % durch eigene Mittel und langfristige Fremdmittel finanziert (Vorjahreswerte 57 % bzw. 88 %). Die Verbesserung dieser Bilanzrelationen resultiert aus der Erhöhung der langfristigen Kreditverbindlichkeiten.

67. Zum Rückgang des Umlaufvermögens trugen vor allem der Abbau von Liefer- und Leistungsfordernungen mit T€ 10.724 und der sonstigen Vermögensgegenstände mit T€ 2.827 bei. Der Forderungsrückgang betrifft fast ausschließlich die abgerechneten Entgelte aus Strom- und Gaslieferungen und steht im Zusammenhang mit der Entwicklung der Umsatzerlöse aus diesem Geschäftsbereich. Bei den sonstigen Vermögensgegenständen haben sich Steuerrückerstattungen für Vorjahre v. a. für Ertragsteuern sowie geringere Steuerforderungen aus Strom- und Energiesteuern ausgewirkt.
68. Die bereinigte Eigenkapitalquote erhöhte sich geringfügig von rd. 51 % auf rd. 53 %. Bei einem Rückgang der eigenen Mittel um T€ 6.130 ist diese Erhöhung eine Folge der verminderten Bilanzsumme. Der Rückgang der eigenen Mittel resultiert aus der Verringerung der anteiligen Sonderposten um T€ 6.298 und der Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals um T€ 168.
69. Dem langfristigen Fremdkapital sind neben den Darlehensverbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr (T€ 130.254; zum Vorjahresstichtag T€ 110.894) und dem 30 %igen Anteil der Sonderposten im Wesentlichen langfristige Rückstellungen für Pensionen (T€ 5.209; im Vorjahr T€ 4.673), für Altlastensanierung, Rekultivierung und Netzzrückbau (T€ 28.397; im Vorjahr T€ 27.870), für Hauptuntersuchungen an Fahrzeugen der EVAG (T€ 3.488; im Vorjahr T€ 3.594) und energiewirtschaftliche Rückstellungen (Regulierungskonto) zugeordnet. Die Erhöhung der langfristigen Fremdmittel ist maßgeblich auf Umschichtungen durch die planmäßige Rückführung kurzfristiger und die Neuaufnahme mittelfristiger Darlehen zurückzuführen. Insgesamt wurden T€ 41.338 neu aufgenommen und T€ 64.937 getilgt.
70. Die kurzfristigen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag sind in Höhe von T€ 46.254 (zum Vorjahresstichtag T€ 83.134) nicht durch kurzfristige Vermögenswerte gedeckt. Die Finanzierungsstruktur steht im Zusammenhang mit dem geplanten Mittelzufluss aus der beabsichtigten Veräußerung von VNG-Anteilen.

b) Analyse des Cashflows

	2013 ¹⁾	2014	2015
	T€	T€	T€
Jahresergebnis gemäß GuV	10.340	10.835	8.702
Zins- abzüglich Beteiligungsergebnis	-	2.663	451
Zahlungsunwirksame Bestandteile des Jahresergebnisses	31.029	34.681	38.953
Veränderungssaldo kfr. Aktiva und Passiva	-794	-5.721	11.585
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	40.575	42.458	59.691
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-60.365	-29.342	-31.738
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-22.127	-11.469	-28.208
Cashflow	-41.917	1.647	-255

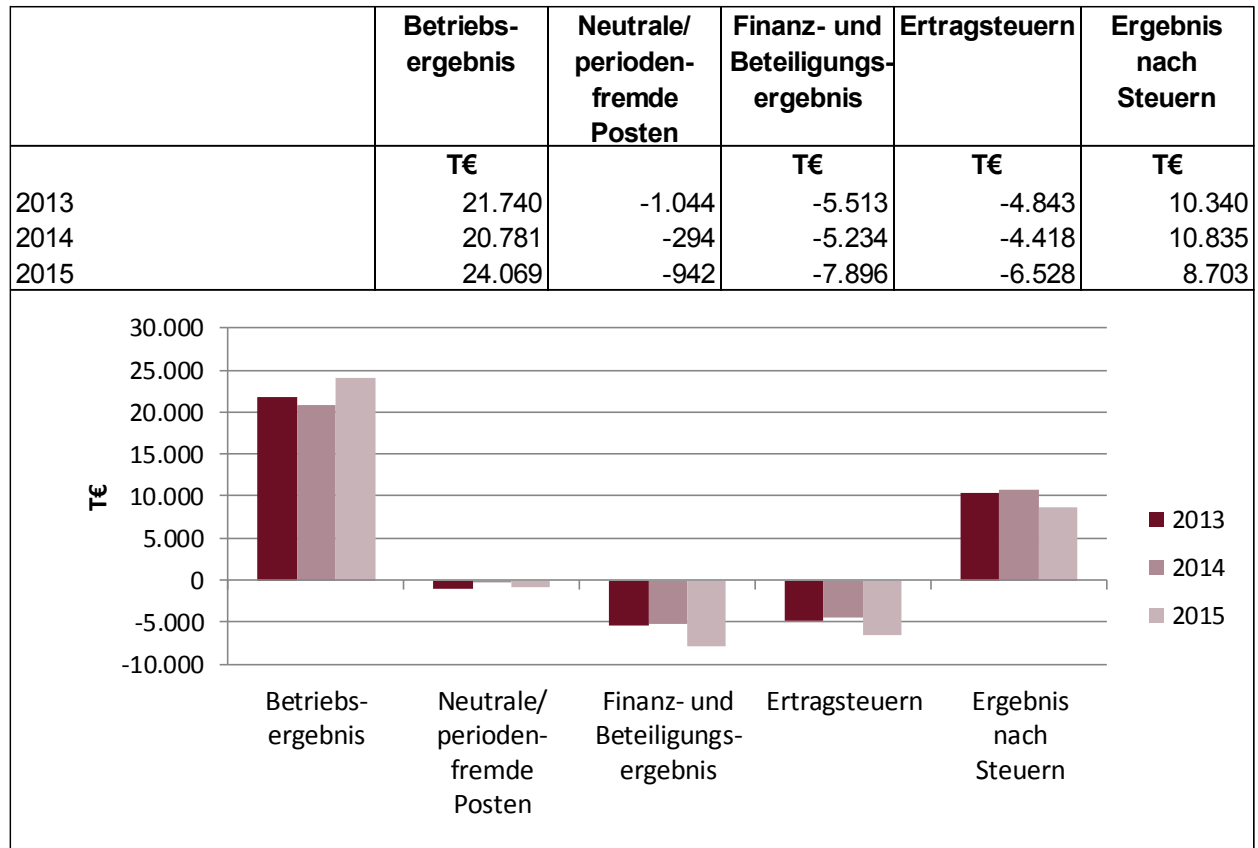


¹⁾ keine Anpassung an DRS 21

71. Der Mittelzufluss aus der **laufenden Geschäftstätigkeit** erhöhte sich von T€ 42.458 auf T€ 59.691. Hauptursache ist der stichtagsbedingte Abbau kurzfristiger Forderungen v. a. aus Lieferungen und Leistungen und Steuern. Das im Vergleich zum Vorjahr geringere Konzern-Jahresergebnis ist in höherem Maße durch nicht zahlungswirksame Aufwendungen (v. a. Abschreibungen) geprägt.
72. Die Auszahlungen für **Investitionen** betragen unter Berücksichtigung von Einzahlungen für Anlagenabgänge und erhaltenen Dividenden T€ 31.739 und damit über dem Vorjahreswert von T€ 29.342. Zu den Investitionsschwerpunkten verweisen wir auf Text 64.
73. Insbesondere der Saldo aus Darlehensaufnahmen und -tilgungen von T€ -23.599 (im Vorjahr T€ -4.662), Zinszahlungen von T€ 4.074 (im Vorjahr T€ 5.072) sowie die Ergebnisabführungen und Ausschüttungen an Minderheitsgesellschafter (T€ 7.406; im Vorjahr T€ 6.960) führen zu einem Mittelabfluss aus der **Finanzierungstätigkeit** von T€ 28.208 (im Vorjahr T€ 11.469). Einzahlungen aus Investitionszuschüssen sind mit T€ 7.724 (im Vorjahr T€ 5.929) als Zufluss im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

74. Im Ergebnis von laufender Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanzierungstätigkeit verringerte sich der Finanzmittelfonds um T€ 255 und betrug zum 31. Dezember 2015 T€ 2.085.

c) Analyse der Ertragslage



75. Beim **Betriebsergebnis** ergaben sich gegenüber dem Vorjahr folgende Veränderungen:

	2015	2014	Veränderung ¹
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	386.876	408.459	-21.583
Finanzhilfen und Zuschüsse	6.113	6.199	-86
Übrige Erträge	24.599	24.227	372
Summe betriebliche Erträge	417.588	438.885	-21.297
Materialaufwand	217.301	247.506	30.205
Personalaufwand	85.410	81.897	-3.513
Planmäßige Abschreibungen	51.523	52.101	578
Übrige Aufwendungen	39.285	36.600	-2.685
Summe betriebliche Aufwendungen	393.519	418.104	24.585
Betriebsergebnis	24.069	20.781	3.288

¹ Vorzeichen ergebnisorientiert.

76. Bezüglich der Aufteilung der **Umsatzerlöse** auf die Sparten verweisen wir auf den Anhang zum Konzernabschluss (Anlage II, Seite 7ff). Der Rückgang der Umsatzerlöse um T€ 21.583 bzw.

rd. 5 % betrifft ausschließlich die Sparte Strom, Gas und Wärme, wohingegen in den übrigen Sparten Zuwächse zu verzeichnen sind. Der Umsatzrückgang in der Versorgungssparte entfällt im Wesentlichen auf einen absatzbedingten Rückgang der Stromerlöse. Dieser betrifft grundsätzlich alle Kundengruppen, ganz besonders aber die leistungsgemessenen Individualkunden. Die Erlöse aus dem Gas- und Fernwärmeabsatz verringerten sich preisbedingt, während witterungsbedingt der mengenmäßige Absatz angestiegen ist. Vergütungen aus KWK-Zuschüssen für die in 2014 in Betrieb gegangene neu errichtete GuD-Anlage wurden in Höhe von T€ 9.288 (im Vorjahr T€ 2.899) vereinnahmt.

77. Die **Finanzhilfen und Zuschüsse** blieben nahezu konstant und betreffen ausschließlich den ÖPNV der EVAG.
78. Die **übrigen betrieblichen Erträge** enthalten im Wesentlichen die Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse und -zulagen (T€ 13.290; Vorjahr T€ 13.071).
79. Der **Materialaufwand** (T€ 217.301; Vorjahr T€ 247.506) enthält im Wesentlichen die Aufwendungen für Energie- und Wasserbezug (T€ 152.460; Vorjahr T€ 183.932). Korrespondierend zu der verringerten Absatzmenge verringerte sich der Bezug von Strom (T€ -23.739) und Gas (T€ -9.210). Gegenüber dem Vorjahr haben sich außerdem die Aufwendungen der EVAG aus Lagermaterialverbrauch zur Instandsetzung und Modernisierung von Fahrzeugen um T€ 1.262 vermindert.
80. Die **Personalaufwendungen** ohne Zuführungen zur Rückstellung für Altersteizeit haben sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 3.513 bzw. rd. 4 % im Wesentlichen tarifbedingt erhöht. Im Berichtsjahr beschäftigte der Konzern durchschnittlich 1.704 (Vorjahr 1.688) Personen.
81. Auf die Entwicklung der **planmäßigen Abschreibungen** (T€ 51.523; Vorjahr T€ 52.101) hat sich insbesondere das Auslaufen von Nutzungsdauern bei der SWE E GmbH (insbesondere alte Gas- und Dampfturbinenanlage sowie Heißwassernetz) mindernd ausgewirkt. Die Aktivierung der Klärschlamm-trocknungsanlage der TUS zum 1. Januar 2015 und Investitionen der EVAG bewirken demgegenüber einen Anstieg der Abschreibungen.
82. Die **übrigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich um T€ 2.685. Dafür ist vor allem der Anstieg bei den Konzessionsabgaben um T€ 1.144 und bei den sonstigen Dienst- und Fremdleistungen (Beratungskosten, Reparaturen und Wartung, Gebäudereinigung und Bewachung) um T€ 1.315 ursächlich. Die Erhöhung bei den Aufwendungen für Konzessionsabgaben resultiert aus dem neu abgeschlossenen Konzessionsvertrag Strom, in dem die Kriterien für die Anerkennung als Sondervertragskunde geändert wurden.

83. Im **Finanz- und Beteiligungsergebnis** wurden folgende GuV-Positionen zusammengefasst:

	2015	2014	Veränderung
	T€	T€	T€
Beteiligungsergebnis	3.609	2.455	1.154
Zinserträge	1.128	101	1.027
Ergebnis assoziierter Unternehmen	132	132	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-6.598	-12	-6.586
Zinsaufwendung	-6.167	-7.910	1.743
	-7.896	-5.234	-2.662

84. Das **Beteiligungsergebnis** enthält im Wesentlichen die Dividendenzahlung der VNG AG (T€ 1.896; Vorjahr T€ 1.475).

85. Das **neutrale Ergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:

	2015	2014	Veränderung
	T€	T€	T€
Neutrale Erträge			
Erträge aus Rückstellungsaufösungen	5.447	4.532	915
Zuschreibungen	1.600	96	1.504
Buchgewinne aus dem Abgang von Anlagevermögen	469	216	253
Erträge aus Wertberichtigungen	175	244	-69
	7.691	5.088	2.603
Neutrale Aufwendungen			
Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung	-2.560	-968	-1.592
außerplanmäßige Abschreibungen	-4.849	-3.126	-1.723
Aufwendungen aus Forderungsabwertungen	-884	-756	-128
Buchverluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	-340	-532	192
	-8.633	-5.382	-3.251
	-942	-294	-648

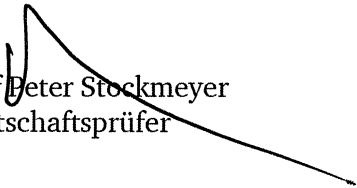
E. Schlussbemerkung


Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Konzernabschlusses der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 und des Konzernlageberichts für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B unter „Wiedergabe des Bestätigungsvermerks“ enthalten.

Erfurt, den 27. April 2016

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Rolf Peter Stockmeyer
Wirtschaftsprüfer


ppa. Scadi Schrader
Wirtschaftsprüferin



Anlagen

Anlagenverzeichnis	Seite
I Lagebericht.....	1
II Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2015.....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2015.....	7
Anlagenspiegel.....	25
4. Kapitalflussrechnung.....	29
5. Eigenkapitalpiegel.....	31
III Rechtliche Verhältnisse des Mutterunternehmens.....	1

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002

Konzernlagebericht

für das Geschäftsjahr 2015

S W E S t a d t w e r k e E r f u r t G m b H , E R F U R T

I. Grundlagen des Konzerns

Die Stadtwerke Erfurt Gruppe ist einer der größten Arbeitgeber in der stetig wachsenden Landeshauptstadt Erfurt. Mit nunmehr 25-jähriger Tradition¹ stehen wir insbesondere für innovatives Engagement, regionale Verantwortung, verlässlichen Service und effektive Leistungserbringung. Starke kommunalwirtschaftliche Strukturen sind vor allem für die Planungssicherheit der Kommunen wichtig. Insofern hat die Stadtwerke Erfurt Gruppe wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge bei der Erreichung übergeordneter Ziele wie regionalem Wirtschaftswachstum, Klimaschutz und Nachhaltigkeit sowie einer leistungsfähigen Infrastruktur und einer hohen Lebensqualität für die Landeshauptstadt Erfurt. Die gesetzliche Verankerung der Finanzierung über den steuerlichen Querverbund stärkt neben Konzessionsabgaben, Gewerbesteuerzahlungen und Gewinnausschüttungen den Kommunalhaushalt nachhaltig.

Die SWE Stadtwerke Erfurt GmbH (SWE GmbH) übernimmt dabei als strategische Managementholding die Funktion der **Konzernleitung** und ist verantwortlich für die strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung der Stadtwerke Erfurt Gruppe. Hierfür sind die der Konzernleitung zugeordneten Governanceeinheiten Recht/Revision/Datenschutz, Konzernpersonal/Organisation/IT-Strategie, Konzernmarketing sowie Strategisches Konzerncontrolling mit Richtlinienkompetenzen ausgestattet.

Die Produkte und Leistungen der Stadtwerke Unternehmen können maßgeblich in die **5 Kompetenzfelder Versorgung, Umwelt, Mobilität, Service und Freizeit** gegliedert werden.

Bei der Erfüllung dieses vielfältigen Leistungsangebotes der SWE Stadtwerke Erfurt Gruppe nimmt das **Kompetenzfeld Service** (*SWE Service GmbH [SWE S GmbH], Bsys Mitteldeutsche Beratungs- und Systemhaus GmbH [Bsys GmbH], GWA Gesellschaft für Wasser- und Abwasserservice mbH [GWA mbH]*) in der Funktion als „Shared Service Center“ der Gruppe sämtliche Unterstützungsaufgaben für die Konzerntochterunternehmen wahr. Das Spektrum der Aufgabenwahrnehmung erstreckt sich über Themen der IT, des Personals und der Organisation, des kaufmännischen Services, des zentralen Einkaufs sowie von Aufgaben im Bereich der Abrechnung und des Kundenservices. Ferner wird die Stadtwerke Erfurt Gruppe durch die Labordienstleistungen der GWA mbH unterstützt.

¹ Gründung am 16.04.1991

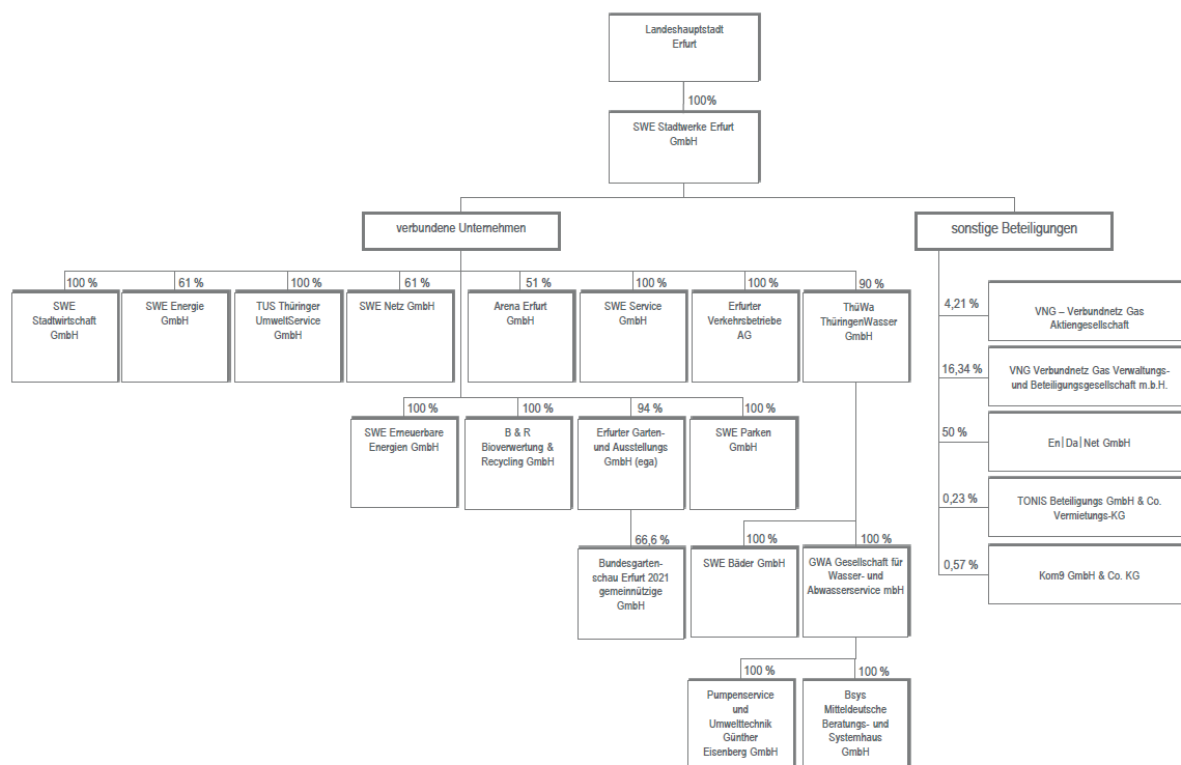
Im **Kompetenzfeld Versorgung** (*SWE Energie GmbH [SWE E GmbH], SWE Netz GmbH [SWE N GmbH], SWE Erneuerbare Energien GmbH [SWE EE GmbH], ThüWa ThüringenWasser GmbH*) umfasst unsere Geschäftstätigkeit den Transport, die Verteilung und den Vertrieb von Strom, Gas, Wärme und Wasser, die Erzeugung von Strom, Wärme und Trinkwasser, den Betrieb von KWK-Anlagen und von Brunnen und Speichieranlagen, den Betrieb von dezentralen Energieversorgungsanlagen sowie Energiedienstleistungen. Unterstützende Geschäftstätigkeiten sind hierbei die Ablesedienstleistungen, das Mess- und Zählerwesen sowie die Errichtung, Unterhaltung und Instandhaltung energetischer Anlagen.

Im **Kompetenzfeld Umwelt** (*SWE Stadtwirtschaft GmbH [SWE SW GmbH], B & R Bioverwertungs & Recycling GmbH [B & R GmbH], TUS Thüringer UmweltService GmbH [TUS GmbH]*) werden insbesondere Restmüll-, Bio-, Papier-, Pappen-, Kartonagen- sowie Sperrmüllabfälle eingesammelt und anschließend einer Wiederverwendung - bspw. zur Erzeugung von Biogas, dem Recycling, einer energetischen Behandlung und anschließend einer Deponierung von Reststoffen - zugeführt.

Die Geschäftstätigkeit für das **Kompetenzfeld Mobilität** (*Erfurter Verkehrsbetriebe AG [EVAG], SWE Parken GmbH [SWE P GmbH]*) umfasst Beförderungsleistungen des Erfurter Linienverkehrs mit Stadtbahnen und Bussen sowie das Betreiben von Parkhäusern.

Einen weiteren Leistungsbereich deckt das **Kompetenzfeld Freizeit** (*Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH [ega GmbH], SWE Bäder GmbH [SWE B GmbH], Bundesgartenschau Erfurt 2021 gemeinnützige GmbH [BUGA Erfurt 2021 GmbH], Arena Erfurt GmbH*) ab. Maßgeblich geprägt wird das Leistungsangebot durch die Bewirtschaftung des Erholungsparks der ega, welcher bis zur Bundesgartenschau 2021 weiterentwickelt wird. Ein weiteres Tätigkeitsgebiet stellt die Bewirtschaftung von Hallen- und Freibädern dar. Abgerundet wird das Freizeitangebot durch die Stadionbetriebe der neuen Multifunktionsarena.

Organisatorisch gliedert sich die Stadtwerke Erfurt Gruppe zum 31. Dezember 2015 wie folgt:



Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich im Berichtszeitraum folgende Veränderungen: Mit der Umstrukturierung der SWE Technische Service GmbH (SWE TS GmbH) wurde die Zahl der Unternehmen zunächst reduziert. Es gingen Aufgabenbereiche der SWE TS GmbH auf die SWE N GmbH, die SWE E GmbH, die ThüWa GmbH, die SWE S GmbH und die Bsys GmbH über. Zudem wurde die Gruppe um die im Sommer 2015 gegründete Arena Erfurt GmbH erweitert.

Die Organisationsstruktur ist eingebettet in die strategischen und investiven Ziele der SWE GmbH. Mit der Vision „Wir machen Erfurt grün – alles für eine starke Stadt!“ wird betont, dass die gesamten Leistungen der Stadtwerke Erfurt Gruppe dafür einstehen, durch eine Verbindung von Ökologie und Ökonomie, sowie umweltfreundliche und leistungsstarke Produkte, nachhaltig die Lebensqualität in der Landeshauptstadt Erfurt zu verbessern und bewusst die beiden Schwerpunktthemen „Energiewende“ und „Bundesgartenschau 2021“ in der aktuellen Dekade zu besetzen. Die definierten strategischen Ziele stellen Fixpunkte und Orientierung für zu treffende Entscheidungen dar und garantieren die Beständigkeit im unternehmerischen Handeln der Unternehmensgruppe.

Die Stadtwerke Erfurt Gruppe erzielte über die Gesamtheit ihrer Kompetenzfelder **Umsatzerlöse** in Höhe von 387 Mio. EUR (Vorjahr 408 Mio. EUR) und **investierte** im abgelaufenen Geschäftsjahr 35 Mio. EUR (Vorjahr 32 Mio. EUR) - vorrangig in den Kompetenzfeldern Versorgung und Nahverkehr.

Zum 31. Dezember 2015 waren in der Stadtwerke Erfurt Gruppe 1.695 **Mitarbeiter** (ohne Geschäftsführung) und 101 Auszubildende beschäftigt.

II. Wirtschaftsbericht

Deutschlands Wirtschaft ist im vorigen Jahr so stark gewachsen wie seit vier Jahren nicht mehr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 Prozent. Vor allem der hohe private Konsum und staatliche Ausgaben haben die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr angeschoben.²

Regionale Rahmenbedingungen

Kennzeichnend für den Wirtschaftsstandort Thüringen ist - neben der zentralen Lage, der günstigen Verkehrsanbindung und einer für ostdeutsche Verhältnisse hohen Unternehmensanzahl - besonders die Vielfalt der Branchen. Thüringens Wirtschaftswachstum ist im vergangenen Jahr mit 1,1 Prozent im Ländervergleich relativ schwach ausgefallen. Das Bruttoinlandsprodukt als Summe aller im Land produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen erreichte 2015 ein Volumen von 56,8 Milliarden Euro.³

Dabei stellt die Landeshauptstadt Erfurt das politische, wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des Freistaates Thüringen dar. Über 14.000 Unternehmen haben in den Erfurter Gewerbegebieten, Gewerbeparks und Gewerbeimmobilien einen attraktiven Unternehmensstandort gefunden und beschäftigen gut 140.000 Mitarbeiter. Der Fokus liegt dabei auf dem Maschinen- und Anlagenbau, der Medien- und Kreativwirtschaft, dem Gartenbau und der Nahrungsgüterindustrie, dem Technologiestandort Erfurt - unter anderem in Form der Mikrotechnologie, Sensorik und IT und auf der Logistik. In diesen Wirtschaftsfeldern sind die Zalando Logistics SE & Co. KG, die Siemens AG, die Zeitungsgruppe Thüringen, die X-FAB Semiconductor Foundries AG, die DHL International GmbH, Schuler Pressen GmbH, KNV Logistik GmbH und die DMK Deutsches Milchkontor GmbH die mitarbeiterstärksten Unternehmen am Standort.⁴ Die Stadt ist zugleich Verwaltungs-, Handels- und Dienstleistungszentrum des Freistaates. So ist es nicht verwunderlich, dass das Land Thüringen mit knapp 12.000 Beschäftigten und die Stadtverwaltung Erfurt mit knapp 4.000 Mitarbeitern die größten Arbeitgeber im Stadtgebiet sind, gefolgt von der Stadtwerke Erfurt Gruppe und dem Helios Klinikum.

² https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/01/PD16_014_811.html

³ <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/wirtschaft/detail/-/specific/Thueringen-2015-beim-Wirtschaftswachstum-abgehaengt-1455067242>

⁴ <http://www.erfurt.de/ef/de/wirtschaft/index.html>

Auch weitere Dienstleistungsbereiche wie IT-Services und Call-Center, Arbeitnehmerüberlassung, Banken und natürlich der (Einzel-) Handel sind in Erfurt als Einkaufsstadt mit überregionaler Anziehungskraft stark vertreten.

Erfurt hat sich 2015 als bedeutender Wirtschaftsstandort in Ostdeutschland weiterentwickelt und konnte mit aktuell ca. 210 Tsd. Einwohnern gegenüber dem Vorjahr erneut einen Anstieg bei den Einwohnerzahlen verzeichnen. Der Anstieg ist nicht nur auf die Aufnahme von Zuwanderern aus Krisengebieten zurückzuführen.⁵

Neben den in den letzten Jahren stetig steigenden Einwohnerzahlen eröffnet die für 2017 geplante vollständige Inbetriebnahme der Hochgeschwindigkeitsstrecke der Deutschen Bahn AG zwischen Berlin und München weitere Chancen für den Standort Erfurt. So dient die Hochgeschwindigkeitsstrecke als zentraler Schnittpunkt sowohl für Transportwege im Schienen-Güterverkehr als auch im Reiseverkehr und eröffnet für Thüringen und insbesondere die Region Erfurt weitere gute Chancen, Investoren anzuziehen und Unternehmen zu einem wirtschaftlichen Engagement in der Landeshauptstadt Erfurt zu bewegen.⁶

Branchenspezifische Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Konzernleitung

SWE GmbH

Auch das Geschäftsjahr 2015 war von zentralen Elementen des 2011 begonnenen Konzernprojektes „SWE fit 2020“ geprägt, welche durch die SWE GmbH koordiniert und gesteuert wurden. Mit der Mission „Wir versorgen Erfurt – jederzeit!“ fest im Blick wurden schwerpunktmäßig die Projekte „Spartenübergreifende Synergien im Netzbereich“ und „Weiterentwicklung des Shared Service Modells“ im Geschäftsjahr 2015 umgesetzt. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Konzeption und Umsetzung der Umstrukturierung der SWE Technische Service GmbH (SWE TS GmbH). Die Aufgabenbereiche der SWE TS GmbH wurden 2015 im Wege der Abspaltung rückwirkend zum 1. Januar 2015 in die SWE N GmbH, die SWE E GmbH, die ThüWa GmbH, die SWE S GmbH und im Fall der Bsys GmbH zum 1. April 2015 im Wege der Verschmelzung überführt. Die im Projekt „Spartenübergreifende Synergien im Netzbereich“ detailliert festgelegten Maßnahmesteckbriefe, mit dem Ziel, die Dienstleistungen enger mit dem Asset zu verknüpfen, wurden planmäßig umgesetzt. Im Rahmen des Projektes "Konzeption eines zielführenden Shared Service Modells für die Stadtwerke Erfurt Gruppe" wurde die Umsetzung der ersten. Phase der Bündelung der Einkaufsprozesse im Rahmen des „Zentralen Einkaufs“

⁵ <http://www.erfurt.de/ef/de/service/aktuelles/pm/2016/123423.html>

⁶ <http://www.erfurt.de/ef/de/wirtschaft/wirtschaftsstandort/index.html>

konzernübergreifend abgeschlossen. In der zweiten Phase wird die Einbindung für die EVAG geprüft. Die Ergebnisse des Projekts zur Verbesserung der „Planungs- und Prognosegüte“ und der Prozesseffizienz wurden im I. Quartal vorgestellt. Infolgedessen wurden die Kosten- und Leistungsrechnung und die automatisierte und strukturierte Datenbereitstellung in Form einer „Reporting Factory“ im Shared Service Center gebündelt. Die bisherigen zentralen, dem Shared Service Center zugeordneten Controllingeinheiten wurden zu Beginn des zweiten Quartals in die Tochterunternehmen überführt, um die Nähe zum operativen Geschäft in den einzelnen Gesellschaften zu erhöhen. Ferner wurde begonnen, das Reporting hinsichtlich des Inhalts und des Prozesses zu optimieren sowie auf eine KPI-Logik umzustellen und die Konzernfinanzstruktur zu überprüfen. Mit der Umsetzung des Projektes „Corporate Design“ wurde ebenfalls ein weiterer Meilenstein von „SWE fit 2020“ umgesetzt. Anknüpfend wurde die externe Kommunikation neu aufgestellt. „Eine für alle“ ist der Titel der Image-Kampagne der Stadtwerke Erfurt Gruppe.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden die Vorbereitungen für die Bundesgartenschau in Erfurt im Jahr 2021- insbesondere auch durch die Optimierung der gesellschafts- und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen - weiter vorangebracht. Zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten einzelner BUGA-Projekte sowie zur Risikobegrenzung bei der Zusammenarbeit mit der BUGA Erfurt 2021 gGmbH wurde die Überführung der ega GmbH in die Gemeinnützigkeit geprüft. Derzeit laufen letzte Abstimmungen mit den Finanzbehörden.

Die Landeshauptstadt Erfurt baut das Steigerwaldstadion zu einer multifunktionalen Veranstaltungsstätte um. Die SWE GmbH hat sich nach Abstimmung mit ihrer Gesellschafterin zu 51 Prozent an der Betreibergesellschaft für die Multifunktionsarena beteiligt. Diese zählt nunmehr zu den Unternehmen der Stadtwerke Erfurt Gruppe.

Der Andienungsprozess über die an der VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft (VNG AG) gehaltenen Anteile wurde mit der Vorlage des Bewertungsgutachtens sowie der Entscheidung der LVV Leipziger Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft mbH, von ihrem Erwerbsrecht Abstand zu nehmen, abgeschlossen. Daraufhin hat die SWE GmbH die Rückübertragung der Aktien an der VNG Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft eingefordert. Nach Rückübertragung der Anteile wird die SWE GmbH wieder frei in ihrer Disposition über diese Vermögensgegenstände sein.

Einen weiteren strategischen Schwerpunkt für das Geschäftsjahr 2015 bildete die Prüfung, Vorbereitung und letztendliche Entscheidung zur Absicherung der aktuell niedrigen Zinskonditionen in Vorbereitung auf den Gebäudeerwerb des Bauteils A und B des Kommunalen Dienstleistungszentrums am Standort Magdeburger Allee 34 im Jahr 2019.

Neben der strategischen Zinssicherung stand und steht auch die Überarbeitung der IT-Strategie im Fokus. In diesem Zusammenhang wurde die Position des „Chief Information Officers“ neu besetzt.

Kompetenzfeld Versorgung

SWE Energie GmbH, SWE Erneuerbare Energien GmbH

Langfristig sicher, sauber und bezahlbar soll die Energieversorgung in Deutschland auch in Zukunft sein. Daher befindet sich die Energiewirtschaft in einem Transformationsprozess zu einem zum Großteil auf erneuerbaren Energien basierenden Gesamtsystem. Der politisch forcierte Ausbau erneuerbarer Energien sowie der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 stellen Energieversorgungsunternehmen (EVU) vor neue Herausforderungen. Die EVU müssen sich auf dieses veränderte Geschäftsumfeld einstellen, ihre Strategien entsprechend anpassen und neue Geschäftsmodelle entwickeln. Dies gilt vor allem für jene Akteure, die konventionelle Erzeugungsanlagen betreiben, da einerseits durch steigende gesetzliche Umlagen die Stromkosten für den Endverbraucher steigen und andererseits durch den Preisverfall an der Strombörse die konventionellen Stromerzeugungsanlagen kaum noch rentabel betrieben werden können.⁷

Den Weg zum Umbau unserer Energieversorgung gibt dabei die 10-Punkte-Energie-Agenda der Bundesregierung vor.⁸ Für das Kompetenzfeld Versorgung, insbesondere für die SWE E GmbH, war zum einen die Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG), die zum 1. Januar 2016 in Kraft tritt, und zum anderen das Mitte des Jahres 2015 veröffentlichte Weißbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ von wesentlicher Bedeutung. Dieses beinhaltet mehrere Regelungen zum Strommarktdesign (Strommarktgesetz, Kapazitätsreserveverordnung sowie das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende). Eine Verabschiedung der Gesetze im Rahmen des veröffentlichten Weißbuches ist für Mitte 2016 zu erwarten.

Insgesamt stieg die Stromerzeugung in Deutschland um mehr als 3 % gegenüber dem Vorjahr. Die zentrale Rolle übernahmen die Erneuerbaren Energien mit einem Anteil der Bruttostromerzeugung von ca. 30 % an der gesamten Stromerzeugung und einem Anstieg des Anteils um ca. 4 %. Die Stromerzeugung aus Kohle blieb nahezu konstant, während die Stromerzeugung aus Kernkraft und Gas sank. Dabei beschränkt sich die Stromproduktion aus Gas fast ausschließlich auf KWK-Anlagen, da es

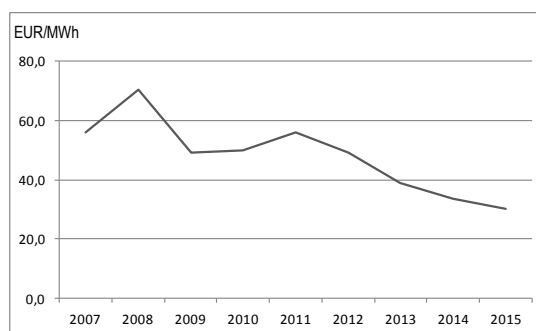


Abbildung 1: EEX Strom Phelix Baseload Year Future

⁷ Fürsch, M., Malischek R. und Lindenberger, D. (2012): „Der Merit-Order-Effekt der erneuerbaren Energien – Analyse der kurzen und langen Frist“, EWI Working Paper, No. 12/14.

⁸ <https://www.bmwi-energiewende.de/EWD/Redaktion/Newsletter/2015/1/Video/Topthema-wichtigste-themen-2015.html>

aufgrund der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen zu Stilllegungen kam. Teilweise sind diese Ergebnisse als Folge der Preisentwicklungen an der Strombörse (siehe Abb. 1: EEX Strom Phelix Baseload Year Future [in EUR]) zu beobachten.⁹ Dem gegenüber sind die Letztverbraucherpreise in den letzten Jahren umlagebedingt weiter angestiegen.¹⁰

Neben den langfristigen Herausforderungen der Energiewende wurde das Jahr 2015 von einem durchschnittlich um 0,23 K¹¹ niedrigeren Temperaturniveau als dem des Vorjahrs geprägt. Die vergleichsweise niedrigeren Temperaturen gegenüber dem Vorjahr bewirkten bei den Kunden einen höheren Wärmebedarf. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen haben wir unsere Preise für Strom und Gas gegenüber den Vorjahren weiter konstant gehalten. Dies war sicherlich auch ein Aspekt der Studie des Wirtschaftsmagazins Focus Money (Ausgabe 11/2015), in der die SWE E GmbH als „Bester Stromanbieter Region Thüringen“ ausgezeichnet wurde.

Der Stromabsatz lag 2015 mit 715,5 GWh um 132 GWh unter dem Wert des Vorjahres, während der Gasabsatz mit 616,4 GWh über dem Vorjahresniveau von 567,4 GWh lag. Dabei wurde der gestiegene Gasabsatz maßgeblich durch den witterungsbedingt gestiegenen Wärmebedarf getrieben.

SWE Netz GmbH

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Betriebes von Strom- und Gasnetzen werden durch regulatorische Regelungen zur Erlösobergrenze und den Netzentgelten geprägt.

Der Geschäftsbereich der Gasverteilung befand sich mit dem Geschäftsjahr 2015 im dritten Jahr der zweiten Regulierungsperiode (2013 bis 2017). Für den Geschäftsbereich Stromverteilung brach mit dem Geschäftsjahr 2015 das zweite Jahr der zweiten Regulierungsperiode (2014 bis 2018) an. Mit Blick auf das abgelaufene Geschäftsjahr liegt die in das Gasnetz eingespeiste Menge mit 2.308 GWh um 2,5 % über dem Vorjahr. Ins Stromnetz wurden, basierend auf der bilanziellen Abgrenzung ca. 1.036 GWh eingespeist. Bezogen auf das Vorjahr stellt dies eine Verringerung der Einspeisemenge um 31 GWh dar. In beiden Geschäftsbereichen wurden Investitionsmaßnahmen durchgeführt. Dabei lagen die Schwerpunkte im Gasnetz auf der Realisierung des 2. Bauabschnittes zur Umverlegung einer Hochdruckleitung im Rahmen der Komplexbaumaßnahme „Mittelhäuser Kreuz“ und im Stromnetz auf der Erneuerung und Erweiterung der Mittelspannungsschaltanlage im Umspannwerk „Erfurt-Melchendorf“. Zudem bildete die Planung und Bauausführung der fast drei Kilometer langen Mittelspannungstrasse im Rahmen des Neubaus der „Multifunktionsarena“ einen weiteren Investitionsschwerpunkt.

⁹ <http://strom-report.de/strom-vergleich/>

¹⁰ <http://www.sw-lindau.de/unternehmen/presse/bdew-strompreisanalyse-2015>

¹¹ Kelvin (Einheitenzeichen: K) ist die SI-Basiseinheit der thermodynamischen Temperatur und zugleich gesetzliche Temperatureinheit. Dabei entspricht eine Temperatur von 0 °C umgerechnet 273,15 K.

Eine weitere bedeutende Entwicklung zeichnet sich im aktuellen Ausbau der dezentralen Erzeugung ab. Hierdurch wird gleichfalls der Druck auf die zukünftige Wirtschaftlichkeit des Netzgeschäftes erhöht. Industrielle, gewerbliche und private Verbraucher bauen zunehmend die Erzeugung für den Eigenverbrauch aus, wodurch Netzbetreiber trotz möglicher leistungsbezogener Anschlussentgelte mit sinkenden Renditen rechnen müssen.

ThüWa GmbH

Im Bereich der Trinkwasserversorgung, die in einem stabilen Marktumfeld angesiedelt ist, konnte auf dem bisher Erreichten aufgebaut und die Preise auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden. Wir haben unserer Kunden in unserem Versorgungsgebiet mit 11,9 Mio. m³ Trinkwasser versorgt. Dies entspricht im Vorjahresvergleich einem Anstieg des Trinkwasserbedarfes um 0,3 Mio. m³ und ist unter anderem der vorherrschenden trockeneren Witterungslage zuzuschreiben. Mit dem strategischen Projekt „**GIS-BASIERTE TECHNISCH/WIRTSCHAFTLICHE OPTIMIERUNG DES WASSERVERSORGUNGSSYSTEMS (GISOWA)**“ arbeiten wir weiter an der langfristigen Ausrichtung des Wasserversorgungsnetzes. Zielstellung ist die Ermittlung von Optimierungspotentialen im Versorgungssystem hinsichtlich Versorgungssicherheit, hydraulischer Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit. Dabei soll eine hohe Planungssicherheit sowie ein effektiver Einsatz der zur Verfügung stehenden Finanzen für die Anpassung des historisch gewachsenen Wasserversorgungssystems an die veränderten aktuellen und perspektivischen Anforderungen einer modernen Wasserversorgung erreicht werden. Es ist ein langfristiger Planungszustand (50 Jahre) bei Beachtung der aktuellen und perspektivischen Anforderungen, insbesondere der Entwicklung des Wasserbedarfes und der räumlichen Verteilung (u. a. Stadt- und Regionalplanung, Demografie, perspektivisch zusätzlicher Wasserbedarf), zu erarbeiten. In der ersten bereits abgeschlossenen Phase des Projektes wurde eine umfassende Aufnahme des IST-Standes vorgenommen. Auf dieser Basis wird in der zweiten Phase das vorab beschriebene Optimierungspotential (Zielnetzplanung) erarbeitet. Die Ausschreibung der zweiten Phase ist erfolgt und die Vergabe ist für Mitte 2016 vorgesehen. Die 2. Phase des Projektes wird voraussichtlich 2018 abgeschlossen sein.

Kompetenzfeld Umwelt

SWE SW GmbH, TUS GmbH, B & R GmbH

Die Entsorgung und Verwertung von Abfällen ist in der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen der Landeshauptstadt Erfurt als hoheitliche Aufgabe der Kommune geregelt. In diesem Rahmen fördert die Landeshauptstadt Erfurt die nachhaltige Ressourceneffizienz in der Abfallwirtschaft zur Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes unter Beachtung der in § 6 Abs. 1 KrWG beschriebenen fünfstufigen Abfallhierarchie mit der Stufenfolge

1. Abfallvermeidung,
2. Vorbereitung zur Wiederverwendung,
3. Recycling,
4. sonstige Verwertung, insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung und
5. Beseitigung.

Ziel ist es, den Anfall von Abfällen so gering wie möglich zu halten, Schadstoffe in Abfällen zu vermeiden und zu verringern, nicht vermeidbare Abfälle schadlos und möglichst hochwertig zu verwerten sowie nicht verwertbare Abfälle zur Verringerung ihrer Menge und Schädlichkeit zu behandeln und umweltschonend abzulagern. Auch im Umweltbereich machten sich der Einwohneranstieg Erfurts und die für den Umweltbereich günstigen Witterungsbedingungen bemerkbar. Dies schlug sich in einer guten Kapazitätsauslastung der Sammlungssysteme von Hausmüll 1.233.316 Gefäßentleerungen (Vorjahr 1.223.614), Bioabfall 11.162 t (Vorjahr 11.439 t), Grünabfall 12.744 t (Vorjahr 15.097 t), Recyclinganlagen, der Wertstoffaufbereitungs- und Sortieranlage mit 86.314 t Abfallgemische (Vorjahr 84.818 t) und Verwertungsanlagen, Trockenfermentationsanlage mit 23.199 t biologische Abfälle (Vorjahr 23.436 t), der Restabfallbehandlungsanlage mit 90.000 t (Vorjahr 88.990 t) behandlungsbedürftiger Abfälle und der im ersten vollen Betriebsjahr befindlichen Klärschlamm-trocknungsanlage mit 17.699 t nassem Klärschlamm nieder.

Kompetenzfeld Mobilität

EVAG, SWE P GmbH

Mit dem Nahverkehrsplan 2014 – 2018 wurde die Stadtwerke Erfurt Gruppe mit der Erbringung von Personenverkehrsdiensten im Linienverkehr betraut. Im abgelaufenen Geschäftsjahr gelang es der EVAG an die positive Entwicklung der Vorjahre anzuknüpfen. Mit 48,3 Mio. Linienbeförderungsfällen (LBF) konnte ein Zuwachs um 0,4 % registriert werden. Einen weiteren positiven Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit hatte die Umsetzung der geänderten Preisbildungsstruktur des Verbundtarifes Mittelthüringen. Ferner standen auch die Beweissicherungsverfahren und die Instandsetzungs-lösungen

für die festgestellten Undichtigkeiten in den Dächern und die Korrosionsschäden im Fußboden der Combino-Straßenbahnen im Fokus. Hinsichtlich der Gesamthematik ist ein Gutachten beauftragt.

Kompetenzfeld Freizeit

Ega GmbH, BUGA gGmbH

Die Besucherzahlen des egaparks liegen mit 476.881 um 16.331 Besucher unter dem Niveau des Vorjahres. Im Geschäftsjahr standen neben dem operativen Betrieb des ega-Parks insbesondere die Entwicklung, Planung und Umsetzung von Maßnahmen entsprechend dem langfristigen Entwicklungskonzept im Mittelpunkt. Schwerpunkte dabei waren das Einwerben der geplanten Fördermittel für die „Danakil Klimazonenwelt“ sowie Investitionen in die Vorbereitung der Neugestaltung der Spiel- und Erlebniswelt auf dem Gelände der heutigen Spielanlage. Weitere Instandhaltungsschwerpunkte wurden mit der Sanierung der „Alten Verwaltung“ durchgeführt. Zudem wurde der Entwurf eines Kooperationsvertrages zwischen der BUGA gGmbH und der ega GmbH erarbeitet und mit der Prüfung der Überführung der ega GmbH in die Gemeinnützigkeit begonnen.

SWE Bäder GmbH

Für die Bäderlandschaften konnte ein Anstieg der Besucherzahlen um 51.086 auf 676.383 Gäste gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen durch die günstigeren Witterungsbedingungen gegenüber 2014 zu erklären. Neben dem normalen Geschäftsbetrieb der Bäderlandschaften in Erfurt wurde die Fortschreibung des Bäderkonzeptes für die Landeshauptstadt Erfurt unterstützt.

Arena Erfurt GmbH

Der Baufortschritt der Multifunktionsarena läuft planmäßig. Die Übergabe an den künftigen Betreiber Arena Erfurt GmbH ist im Sommer 2016 vorgesehen.

Am 3. Juli 2015 nahm die Gesellschaft die Geschäftstätigkeit auf. Das Rumpfgeschäftsjahr war im Wesentlichen von der Aufnahme des operativen Geschäftes geprägt, den städtischen Schul-, Vereins- und Tribünenveranstaltungen, der Vermietung von Innenraum und Tribüne, dem Spielbetrieb des FC Rot-Weiß Erfurt e.V., der Vermarktung und VIP-Hospitality (Namensrechte, Logen) sowie des Cateringservices.

III. Wirtschaftliche Lage

Neben den bereits genannten nichtfinanziellen Einflussfaktoren erfolgt die Steuerung der Stadtwerke Erfurt Gruppe anhand wesentlicher Erfolgs-, Bilanz- und Finanzkennzahlen (Nettoverschuldung und Cashflow i. e. S.). Die Berechnung des Cashflows i. e. S. berücksichtigt die Veränderungen der gesamten Rückstellungen unabhängig von deren Laufzeiten, lässt jedoch die Veränderung des Nettoumlaufvermögens außen vor. Ziel der Kennzahlensteuerung ist eine verbindliche Festlegung jährlich zu erreichender Meilensteine für die gesamte Unternehmensgruppe, kaskadierter Vorgaben je Kompetenzfeld sowie ein sich in regelmäßigen Abständen revolvierender Strategie-Review-Prozess.

Die Entwicklung der Kennzahlen:

	2015	2014
Rohgewinn in TEUR	177.348	168.352
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in TEUR	16.024	16.145
Eigenkapitalquote (wirtschaftlich) in %	53,1	51,0
Nettoverschuldung in TEUR	153.618	177.338
Cashflow DVFA/SG ¹² (Summe der Pos. 1. bis 5. u. 8. der Kapitalflussrechnung)	47.526	45.832

Ertragslage

Die Stadtwerke Erfurt Gruppe erzielte im Geschäftsjahr 2015 Umsatzerlöse in Höhe von ca. 387 Mio. EUR, was einer Reduzierung gegenüber dem Vorjahr (408 Mio. EUR) um rd. 5 % entspricht. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die in der Sparte Strom, Gas und Wärme erlösten Umsätze iHv. 210.517 TEUR gegenüber dem Vorjahr iHv. 243.238 TEUR zurückzuführen.

Ursächlich für den Erlösrückgang ist insbesondere die Absatzreduzierung bei den leistungsgemessenen Individualkunden-Strom innerhalb und außerhalb des Netzgebietes der SWE Netz GmbH.

Gegenläufig wirkten insbesondere die gestiegene Netznutzung Strom sowie moderat gestiegene höhere Erlöse aus den restlichen Kompetenzfeldern.

¹² Abk. für Deutsche Vereinigung Ihr Finanzanalyse und Asset Management/Schmalenbach Gesellschaft

Entwicklung der Umsatzerlöse (in TEUR) nach Sparten

	2015 in TEUR	2014 in TEUR
Strom, Gas und Wärme	210.517	243.238
Netznutzung	47.367	40.953
Abfallentsorgung und -verwertung	43.179	42.411
Wasser	25.578	24.956
Verkehrsleistungen	36.286	35.127
Freizeit und Bäder	7.915	7.808
Parken	3.578	2.359
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	3.558	4.211
Sonstige Umsatzerlöse	8.898	7.396
	386.876	408.459

Unter Berücksichtigung der Finanzhilfen und Zuschüsse, der Bestandsveränderung von nicht abgerechneten Leistungen, der aktivierten Eigenleistungen und unter Abzug des Materialaufwandes ist im Geschäftsjahr 2015 der Rohgewinn auf 177,4 Mio. EUR (Vorjahr 168,4 Mio. EUR) gestiegen.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um ca. 2,5 Mio. EUR steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit einer Zuschreibung auf eine Parkierungsanlage.

Die Abnahme des Materialaufwandes um ca. 30,2 Mio. EUR korrespondiert überproportional mit den gesunkenen Umsatzerlösen aus Strom, Gas und Wärme und betrifft überwiegend Bezugsaufwendungen für Strom.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 5,1 Mio. EUR gestiegen, was einem Anstieg um ca. 6,2 % entspricht. Ursächlich für den Anstieg sind neben tarifbedingten Steigerungen insbesondere Rückstellungszuführungen im Rahmen von 33 neu abgeschlossener Altersteilzeit-Verträgen, Abfindungen und Jahressonderzahlungen.

Die Zunahme der Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf die außerplanmäßige Abschreibung konventioneller Energieerzeugungsanlagen i.H.v. 4,8 Mio. EUR zurückzuführen. Im Vorjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt 3,1 Mio. EUR vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um ca. 2,7 Mio. EUR gestiegen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen für Konzessionen um 1,1 Mio. EUR in der Stadtwerke Erfurt Gruppe zurückzuführen.

Das Finanzergebnis in Höhe von -7,9 Mio. EUR sinkt gegenüber dem Vorjahr (-5,2 Mio. EUR). Im Wesentlichen ist dies auf ein um 5,4 Mio. EUR gesunkenes Beteiligungsergebnis zurückzuführen. Maßgeblichen Einfluss nahmen die Abwertungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert für einen Teil der Aktien der VNG AG. Ausschlaggebend für die Abwertung der Aktien war das deutlich negative Ergebnis der VNG in 2015, verbunden mit niedrigeren Ergebniserwartungen in den Folgejahren aufgrund des Verfalls der Öl- und Gaspreise. Dies konnte durch ein um 2,8 Mio. EUR positiveres Zinsergebnis zum Teil kompensiert werden.

In Summe bewegt sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf dem Niveau des Vorjahres. Hinsichtlich der Vorjahresprognose, (Konzernergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 10,8 Mio. EUR) wurden die Erwartungen übererfüllt. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen ein höherer Rohgewinn und ein positiveres Zinsergebnis im Vergleich zur Vorjahresprognose. Reduzierend wirkten demgegenüber höhere Personal- und Abschreibungsaufwendungen.

Unter Berücksichtigung eines um ca. 2,1 Mio. EUR gestiegenen Aufwandes für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (einschließlich latenter Steuern) sowie sonstiger Steuern konnte im Geschäftsjahr 2015 ein Konzernjahresüberschuss in Höhe von 8,7 Mio. EUR (Vorjahr 10,8 Mio. EUR) erwirtschaftet werden. Der Anteil der Minderheitsgesellschafter am Konzernjahresüberschuss beträgt 7,0 Mio. EUR (Vorjahr 6,8 Mio. EUR).

Finanz- und Vermögenslage

Zur Analyse der Vermögens- und Kapitalstruktur wurde die Konzernbilanz in eine Strukturbilanz überführt und den Vorjahreszahlen gegenübergestellt. Hierzu wurden das Sonderverlustkonto vom Eigenkapital abgesetzt und die Sonderposten sowie die empfangenen Ertragszuschüsse in Erwartung der zukünftigen steuerlichen Belastung zu je 70 % dem wirtschaftlichen Eigenkapital und zu 30 % dem mittel- und langfristigen Fremdkapital zugeordnet.

	31.12.2015		31.12.2014		Ver-
	TEUR	%	TEUR	%	änderung
					TEUR
Aktiva					
Langfristig gebundenes Vermögen	642.368	91,5	668.977	90,1	-26.609
Kurzfristig gebundenes Vermögen	59.431	8,5	73.871	9,9	-14.440
	701.799	100,0	742.848	100,0	-41.049
Passiva					
Wirtschaftliches Eigenkapital	372.648	53,1	378.778	51,0	-6.130
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	223.466	31,8	207.065	27,9	16.401
Kurzfristiges Fremdkapital	105.685	15,1	157.005	21,1	-51.320
	701.799	100,0	742.848	100,0	-41.049

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme (bereinigt um das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung nach §17 Abs. 4 DMBilG) der Stadtwerke Erfurt Gruppe um 41.049 TEUR, bezogen auf den Vorjahreswert, vermindert. Die im Geschäftsjahr vorgenommene Bilanzverkürzung wurde zum einen durch den Rückgang des Anlagevermögens, insbesondere durch einen nutzungsbedingten Werteverzehr des Anlagevermögens sowie außerplanmäßige Wertberichtigungen auf Energieerzeugungsanlagen und Finanzanlagen an der VNG-Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft (VNG AG) geprägt. Zum anderen wurden Finanzierungseffekte im Rahmen unseres „Working Capital Management“ wahrgenommen und so das Nettoumlaufvermögen abgebaut.

Gleichzeitig wurde die Finanzierungsstruktur im Rahmen unserer Finanzierungsstrategie als Reaktion auf das abgelehnte Kaufangebot über die Finanzanlage VNG AG in den Fristigkeiten verlängert.

	2015	2014
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ¹³	59.691	42.457
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-31.738	-29.342
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-28.208	-11.468
Veränderung Finanzmittelfonds	-255	1.647

Der **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** ist um ca. **17,2 Mio. EUR** gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf ausgenutzte Finanzierungseffekte im Rahmen des „Working Capital Management“ zurückzuführen. Zudem wurde die Erhöhung des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit durch den Anstieg des Cashflows DVFA/SG (Summe der Pos. 1. bis 5. u. 8. der Kapitalflussrechnung) um ca. 1,7 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr bedingt. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die außerplanmäßige Wertberichtigung auf die Energieerzeugungsanlagen sowie auf die Finanzanlagen der VNG AG. Weitere Effekte aus den Ertragssteuern, die dem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit im Rahmen des neuen DRS 21 zugeordnet werden, steigern den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** reduzierte sich im Vorjahresvergleich um ca. **-2,4 Mio. EUR**. Maßgeblich hierfür war der Anstieg der Bruttoinvestitionen mit 35,2 Mio. EUR (Vorjahr 32,2 Mio. EUR). Insbesondere ist der Anstieg auf verstärkte Investitionen im Stromversorgungsnetz zurückzuführen. Liquiditätserhöhend wirkten hingegen die Einzahlungen aus Anlagenabgängen von 0,6 Mio. EUR und die auf 2,8 Mio. EUR gestiegene Dividendenausschüttung der VNG AG.

Im Vergleich zum Vorjahr sank der **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** um **-16,7 Mio. EUR**. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit enthält neben der Darlehensaufnahme (41,3 Mio. EUR) die im Geschäftsjahr 2015 geleisteten Darlehenstilgungen (64,9 Mio. EUR). Weiterhin stiegen unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit mit in Summe 8,3 Mio. EUR (Vorjahr 7,7 Mio. EUR) die ausgeschütteten finanziellen Mittel an diverse Gesellschafter. Liquiditätserhöhend wirkten hingegen die erhaltenen Investitionszuschüsse (7,7 Mio. EUR), die gemäß DRS 21 dem Finanzierungscashflow neu zugeordnet wurden.

Im Ergebnis der beschriebenen Effekte führt dies zu einem leichten Rückgang des Finanzmittelfonds um ca. 0,3 Mio. EUR. Unter Anrechnung der Liquiditätsreserve von 2,0 Mio. EUR (Vorjahr 2,3 Mio. EUR) hat sich die **Nettoverschuldung** des Konzerns um **23,7 Mio. EUR** auf 153,6 Mio. EUR verringert.

Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote des Konzerns ist mit 53,1 % (Vorjahr 51,0 %) weiterhin solide.

¹³ Die Cashflow-Zuordnungen wurden gemäß des DRS 21 mit dem Konzernabschluss 2015 angepasst. Da es infolge dieser Anpassungen zu wesentlichen Änderungen der Zahlen des Vorjahres kam, wurden die Vorjahreswerte den Anforderungen des DRS 21 entsprechend dargestellt.

Das langfristig gebundene Vermögen wird zum Bilanzstichtag mit 58,0 % (Vorjahr 56,6 %) durch das Eigenkapital gedeckt. Unter Einbeziehung des mittel- und langfristigen Fremdkapitals erhöht sich die Deckungsquote auf 92,8 % (Vorjahr 87,6 %).

IV. Nachtragsbericht

Zu den im Jahr 2002 durch die EVAG geschlossenen US-Leasing-Transaktionen erfolgten im neuen Geschäftsjahr Vertragsanpassungen, die zu einer Beendigung des Geschäftes und damit zu einer Minimierung der Risikopositionen führten.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich auf die Darstellung der Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage der Gesellschaft ausgewirkt haben, sind nicht eingetreten.

V. Prognosebericht

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem moderaten Aufschwung. Der deutsche Arbeitsmarkt steuert nach Ansicht von Ökonomen von Rekord zu Rekord. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in diesem und im nächsten Jahr jeweils neue Höchstwerte erreichen. Geringe Inflation und niedrige Zinsen, steigende Löhne und die anziehende Beschäftigung schieben den privaten Konsum kräftig an. Der Außenhandel hingegen sorgte kaum für Impulse.¹⁴ Es wird erwartet, dass die strukturellen und konjunkturellen Entwicklungen in der Eurozone auch Auswirkungen auf die Thüringer Wirtschaft haben. Im Rahmen dieser Prognose wird eine ähnliche Entwicklung der Landeshauptstadt Erfurt für das Jahr 2016 erwartet.

Des Weiteren schätzt die Geschäftsführung ein, dass insbesondere für das Kompetenzfeld Versorgung die Wettbewerbsintensität zunehmen wird. Es wird davon ausgegangen, dass die Erzeugungskrise länger anhalten wird. Ferner wird eingeschätzt, dass der weiter voranschreitende Ausbau der Erneuerbaren Energien den Druck auf die Margen erhöhen wird, sodass sich die Energiepreise am Spotmarkt auf einem niedrigen Niveau einpegeln werden, während die Letztverbraucherpreise weiter steigen werden.¹⁵ Deshalb wird der künftige Erfolg der EVU's maßgeblich durch ihre Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft bestimmt sein. Die bisherigen Strategien müssen entsprechend angepasst und bestehende Geschäftsmodelle überarbeitet werden. Dabei wird der Wandel vom Versorger zum Umsorger mehr und mehr strategische Relevanz erfahren. Dem Kunden

¹⁴ <http://www.wiwo.de/politik/konjunktur/fruehjahrgutachten-2016-boomender-jobmarkt-treibt-konsum-an/13446952.html>

¹⁵ <http://www.et-energie-online.de/Zukunftsfragen/tabid/63/NewsId/205/Die-Energiewende-hangt-vom-Strompreis-ab--aber-noch-fehlt-eine-robuste-Energiestrategie.aspx>

und damit der Durchdringung der Wertschöpfung zum Kunden wird künftig eine höhere Bedeutung beigemessen. Zusätzlich erhöhen in den Markt drängende, bisher branchenfremde IT-Unternehmen den Wettbewerbsdruck. Wie in anderen Branchen wird auch in der Energiewirtschaft „Big Data“ als Zukunftsthema gesehen. Während für die zukünftigen „Umsorger“ die Analyse und Verarbeitung großer Datenmengen in den Wertschöpfungsstufen Vertrieb, Handel und Erzeugung erwartet wird, verfolgen die in der Branche neuen IT-Unternehmen wie etwa Google, Telekom, etc., einen völlig abweichenden Ansatz. Sie setzen auf neue Geschäftsmodelle für die Bereiche Smart Home, Smart City und Mobilität im IT-, Daten- und Kommunikationsumfeld und treten somit immer stärker in Konkurrenz zum aktuellen Versorger und dessen Commodity-Geschäft¹⁶.

Parallel wird auch der Ertrags- und Kostendruck über alle Kompetenzfelder weiter zunehmen. Diese Entwicklung trifft auf zusätzliche Investitionsnotwendigkeiten im Rahmen der Energiewende sowie einer Übernahme weiterer Aufgaben im Rahmen der Mehrheitsbeteiligung an der Betreibergesellschaft für die neue multifunktionale Arena in Erfurt sowie zusätzliche Investitionen, Ertüchtigungen und Unterstützungsleistungen im Bereich des egaparks im Vorfeld der Ausrichtung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt und wird das Ergebnis zukünftig nicht unwesentlich beeinflussen bzw. den Anspruch an die Steuerung und finanzielle Balance des steuerlichen Querverbundes der Stadtwerke Erfurt Gruppe weiter erhöhen.

Die damit einhergehenden Schwerpunkte und strategischen Herausforderungen bestehen u. a. in der Identifikation konzernweiter Optimierungsmöglichkeiten und der Weiterentwicklung des Beteiligungsportfolios und sicherer Investitionen mit ausreichender Rendite. Die Entwicklung einer kompetenzfeldübergreifenden Organisation, die Ausprägung effizienter Prozesse, der Ausbau von Vertriebs-Know-how und Kundenbindung sowie die Entwicklung neuer Geschäftsfelder und Produkte werden die Unternehmensgruppe im Kompetenzfeld Versorgung intensiv beschäftigen.

Die Stadtwerke Erfurt Gruppe wird langfristig den klassischen Querverbund weiterentwickeln und die Besetzung der einzelnen Wertschöpfungsstufen je Kompetenzfeld selektiv bewerten, um im wettbewerblichen Umfeld bestehen zu können und den Anforderungen des Marktes und der Regulierung gerecht zu werden. Dabei integrieren die Infrastrukturleistungen und Produkte die gesetzlichen Ziele der Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit, Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes. Über sichere Investitionen mit ausreichender Rendite bzw. Kapitalverzinsung werden weiterhin nicht nur wesentliche finanzielle Beiträge zum kommunalen Haushalt geleistet, sondern auch die Attraktivität und Wirtschaftskraft der Kommune gestärkt.

¹⁶ (englisch commodity = Gut, Ware). Eine Commodity meint Güter oder Waren, die sich in einem einzigen Merkmal voneinander unterscheiden können, nämlich ihrem Preis.

Mit der Gesamtheit der begonnenen Projekte sowie mit dem im Jahr 2016 beginnenden Strategie-Review-Prozess wird die bisherige Zielstellung und Strategie überprüft und gegebenenfalls angepasst. Dies soll die Grundlage für die langfristige Erschließung neuer innovativer Geschäftsfelder sein, um dadurch die Energiewende professionell als Chance für den dauerhaften Fortbestand der Unternehmensgruppe zu nutzen. Vor diesem Hintergrund sieht sich die Geschäftsführung der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH in der Lage, auch im kommenden Jahr mit einem prognostizierten Konzernergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf dem geplanten Niveau von rd. 10,0 Mio. EUR ihre Ergebnisziele zu erfüllen. Bei einem voraussichtlich gleichbleibenden Cashflow DVFA/SG soll eine finanzielle Stabilität erreicht werden. Die Eigenkapitalquote der Stadtwerke Erfurt Gruppe wird sich weiterhin in einem soliden Bereich bewegen.

VI. Chancen und Risikobericht

Die SWE GmbH betreibt ein konzernweit einheitliches Risikomanagementsystem, in dem kontinuierlich wesentliche Risiken der Stadtwerke Erfurt Gruppe erfasst, bewertet und an die Geschäftsführung sowie die verantwortlichen Gremien in standardisierter Form berichtet werden. Da ein wesentlicher Indikator für die Leistungsfähigkeit der SWE GmbH in der Stabilität des Beteiligungsergebnisses liegt, sind alle wesentlichen Tochterunternehmen in das Risikomanagementsystem der SWE GmbH einbezogen. Mit der weiteren Verschärfung der Rahmenbedingungen im Stadtwerke-Umfeld besteht für die Stadtwerke Erfurt Gruppe zukünftig das Finanzierungsrisiko des Querverbundes mit Überschüssen aus den Bereichen Versorgung und Entsorgung für die Leistungen der Bereiche Mobilität und Freizeit. Mit dem Anspruch, an der Gewährleistung eines attraktiven Freizeitangebotes für die Landeshauptstadt Erfurt festzuhalten, sind die hierfür künftig zur Verfügung stehenden Ressourcen im Rahmen des Strategie-Review-Prozesses neu zu definieren. Dieses Risiko kann sich insbesondere durch ausbleibende Fördermittel für Investitionen für die Bundesgartenschau verstärken.

Konzernleitung

SWE GmbH

Nach Abschluss des Andienungsverfahrens über die Aktien der VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft durch Verzicht der LVV Leipziger Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft mbH auf den Erwerb beantragte die SWE GmbH die Rückübertragung der Aktien an der VNG AG. Nach Rückübertragung der Anteile ist die SWE GmbH wieder frei in ihrer Disposition über diese Vermögensgegenstände. Die SWE GmbH sieht hierin die Chance, zum einen die Stimmrechte freiheitlicher auszuüben und zum anderen mit dem gebundenen Kapital eine Verzinsung oberhalb der Kapitalkosten zu erzielen und damit einen positiven Beitrag zur Finanzierung des Querverbundes zu erwirken.

Kompetenzfeld Versorgung*SWE E GmbH, SWE EE GmbH*

Für die SWE E GmbH bestehen branchentypische Preis-, Mengen- und Prognoserisiken. In den nächsten Jahren wird der Wettbewerb auf den Beschaffungs- und Vertriebsmärkten und damit der Margendruck weiter auf einem hohen Niveau verbleiben. Für die Ergebnisentwicklung der SWE E GmbH wirkt positiv, dass auf Grund der Modernisierung der GuD-Anlage am Standort Erfurt-Ost in den nächsten Jahren Erlöse gemäß KWK-G erzielt werden. Ergänzend sorgt die KWK-Förderung von Bestandsanlagen gemäß dem neuen KWK-G 2016 zumindest bis 2019 für einen wirtschaftlichen Betrieb der Stromerzeugung.

SWE Netz GmbH

Für die SWE Netz GmbH ergeben sich die wesentlichen Chancen und Risiken v. a. aus den regulatorischen Rahmenbedingungen. Aus der für 2016 erwarteten novellierten Anreizregulierungsverordnung sowie dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende können sich aufgrund der definierten Preisobergrenzen negative Auswirkungen auf die Ergebnisentwicklung ergeben. Mit dem Referentenentwurf des neuen Messstellenbetriebsgesetzes, welches den wesentlichen Bestandteil des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende darstellt, kommen neue Herausforderungen auf uns zu. Das Gesetz hat zum Ziel, den Einsatz intelligenter Messsysteme sicher und kosteneffizient voranzutreiben. Dabei werden die Markteintrittsbarrieren potentieller Wettbewerber reduziert, so dass neue Marktteilnehmer in den Markt drängen werden. Als Folge dieser Wettbewerbsdynamik ist davon auszugehen, dass sich das Vertriebsgeschäft mit steigender Transparenz und unkomplizierteren Wechselmechanismen der Strom- und Gasanbieter weiter verschärft. Zudem werden durch hohe Initial- und Fixkosten für die IT-Infrastruktur und deren effiziente und sichere Prozesse die „Make or Buy“-Entscheidungen beeinflusst. Es wird eingeschätzt, dass diese Entwicklungen perspektivisch zu Konsolidierungen im Messwesen führen werden. Als Chance wird die Ausschreibung der Gaskonzession der Stadtteilgebiete, die noch nicht durch die SWE N GmbH konzessioniert sind, gesehen.

ThüWa GmbH

Im Bereich der Wasserversorgung liegen aktuell keine Risiken von konzernrelevanter Bedeutung vor.

Kompetenzfeld Mobilität*EVAG*

Für die EVAG (Erbringung des öffentlichen Nahverkehrs) werden die größten Risiken im technischen Bereich (Instandhaltung der Combino-Fahrzeuge) und in der Förderpolitik (Verteilung Regionalisierungsmittel, Betriebskostenzuschüsse des Freistaates Thüringen) gesehen.

Kompetenzfeld Umwelt*SWE SW GmbH, TUS GmbH, B & R GmbH*

Im Bereich der Entsorgung liegen aktuell keine Risiken von konzernrelevanter Bedeutung vor.

Kompetenzfeld Freizeit*ega GmbH, BUGA gGmbH*

Risiken für die ega GmbH (Bereich Freizeit) ergeben sich hinsichtlich der Fördermittelbewilligungen aufgrund potenzieller Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, hinsichtlich eines Besucherrückgangs - bedingt durch die steigende Bautätigkeit - sowie bezüglich der beihilferechtlichen Relevanz der Finanzierung des egaparks. Chancen ergeben sich für die Weiterentwicklung der ega GmbH dadurch, dass der egapark im Jahr 2021 als Kernfläche für die Bundesgartenschau vorgesehen ist.

SWE Bäder GmbH

Für 2016 wird mit einer Entscheidung zur strategischen Weiterentwicklung der Erfurter Bäderlandschaft (Bäderkonzept) durch die Landeshauptstadt Erfurt gerechnet. In Abhängigkeit von der finalen Ausrichtung des Bäderkonzeptes wird erwartet, dass diese Entscheidung unmittelbaren Einfluss auf die Höhe des Leistungsentgeltes und die Entwicklung dieses Geschäftsbereiches haben wird.

Im Weiteren bestehen Risiken im Zusammenhang mit dem baulichen Zustand der Stützmauer des Dreienbrunnenbades sowie dem festgestellten Setzungsverhalten der Schwimm- und Badebecken im Nordbad, die zu einem deutlichen Anstieg der Instandhaltungsaufwendungen im Geschäftsjahr 2016 führen können.

Arena Erfurt GmbH

Des Weiteren ergeben sich sowohl Chancen als auch Risiken aus der künftigen Entwicklung der Arena Erfurt GmbH. Diese sind stark durch die geplanten engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Ankermieter FC Rot-Weiß Erfurt e.V. begründet. In Abhängigkeit vom sportlichen und wirtschaftlichen Erfolg bzw. Misserfolg sowie politischen Entscheidungen partizipiert die Betreibergesellschaft an den damit verbundenen Mehr- oder Mindereinnahmen. Darüber hinaus bestehen aktuell noch Unsicherheiten hinsichtlich wesentlicher Erlös- und Aufwandsbudgets. Hierzu zählen insbesondere die Kosten der Objektbewirtschaftung und die Erlöse aus dem Catering sowie der Vermarktung der Namensrechte. Die im Rahmen der Wirtschaftsplanung getroffenen Prämissen wurden durch sachverständige Dritte plausibilisiert und als marktkonform erachtet. Weitere Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen auch durch mögliche Verzögerungen bei der Fertigstellung der Multifunktionsarena, sodass Erlöse nicht in der geplanten Höhe generiert werden können. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass durch die Absage bzw. Verlegung geplanter Veranstaltungen ein Vertrauensverlust bei den Kunden der Arena Erfurt GmbH entsteht.

Gegenwärtig sind keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand der Stadtwerke Erfurt Gruppe gefährden könnten.

VII. Berichterstattung über Finanzinstrumente

Das aktive Finanzmanagement zielt auf die Optimierung von Kreditkonditionen, die Senkung des Zinsänderungsrisikos und die Begrenzung von Preissteigerungsrisiken für den Dieselbedarf unter Einhaltung festgelegter Risikolimits. Zum aktiven Finanzmanagement werden derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente richtet sich weder auf die Optimierung von Anlagekonditionen noch auf die Erzielung von Zusatzerträgen ohne Bezug zu Grundgeschäften und steht damit im Einklang mit den definierten Möglichkeiten der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung).

Im Konzern wurden derivative Finanzinstrumente in Form von Caps, Collars und Swaps eingesetzt. Derivative Finanzinstrumente wurden ausschließlich zur Absicherung von Grundgeschäften im Sinne von bestehenden und geplanten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gegen steigende Zinssätze sowie zur Begrenzung von Preissteigerungsrisiken für den flottenbedingten Dieselbedarf verwendet. Basis der zulässigen Einbeziehung der geplanten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in die Bewertungseinheiten (antizipatives Hedging) sind die jeweiligen genehmigten Wirtschaftspläne, welche regelmäßig hinsichtlich Ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit überprüft werden.

Zur Minimierung des Ausfallrisikos sind Verträge über derivative Finanzinstrumente ausschließlich mit Partnern hoher Bonität unter Beachtung einer konzernweit angemessenen Streuung des Adressausfallrisikos abgeschlossen worden. Wie auch in Vorjahren ist kein Vertragspartner für derivative Finanzinstrumente auf ein Non Investment Grade Rating zurückgefallen.

Erfurt, den 27. April 2016

SWE Stadtwerke Erfurt GmbH


Peter Zaiß
Geschäftsführer

**Konzernabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Erfurt

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVA	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. ANLAGEVERMÖGEN	642.368	668.977
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10.424	9.327
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.798	7.961
2. Geschäfts- oder Firmenwert	282	279
3. Geleistete Anzahlungen	2.344	1.087
II. Sachanlagen	563.895	585.858
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	107.976	110.213
2. Technische Anlagen und Maschinen	432.744	448.148
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.218	10.908
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11.957	16.589
III. Finanzanlagen	68.049	73.792
1. Beteiligungen an verbundenen Unternehmen	166	0
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	324	324
3. Beteiligungen	67.555	73.463
4. Sonstige Ausleihungen	4	5
B. UMLAUFVERMÖGEN	58.492	72.713
I. Vorräte	9.703	9.075
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.591	7.698
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	198	235
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	509	424
4. Geleistete Anzahlungen	1.405	718
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	46.704	61.298
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	33.431	44.155
2. Forderungen gegenüber Gesellschafter und Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.608	2.651
3. Sonstige Vermögensgegenstände	11.665	14.492
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.085	2.340
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	939	1.158
D. SONDERVERLUSTKONTO aus Rückstellungsbildung nach § 17 Abs. 4 DMBilG	8.580	8.582
	710.379	751.430

PASSIVA	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. EIGENKAPITAL	256.514	256.347
I. Gezeichnetes Kapital	10.000	10.000
II. Kapitalrücklage	139.578	139.633
1. Gesellschafterzuzahlungen	53.042	53.042
2. Gebundene Kapitalrücklage	61.355	61.355
3. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	25.181	25.236
III. Gewinnrücklagen	51.077	49.784
Andere Gewinnrücklagen	51.077	49.784
IV. Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	8.580	8.582
V. Konzernbilanzgewinn	9.931	10.331
VI. Ausgleichsposten für Anteile im Fremdbesitz	37.348	38.017
B. SONDERPOSTEN	169.654	175.224
C. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE	8.510	11.938
D. RÜCKSTELLUNGEN	77.713	79.682
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.209	4.673
2. Steuerrückstellungen	4.671	1.240
3. Sonstige Rückstellungen	67.833	73.769
E. VERBINDLICHKEITEN	196.795	226.509
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	155.703	179.678
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	375	351
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	25.248	29.608
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter und Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.386	8.268
5. Sonstige Verbindlichkeiten, davon aus Steuern T€ 2.383 (Vorjahr T€ 3.617)	7.083	8.604
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	774	940
G. PASSIVE LATENTE STEUERN	419	790
	710.379	751.430

SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Erfurt

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015

	2015 T€	2014 T€
1. Umsatzerlöse	386.876	408.459
2. Finanzhilfen und Zuschüsse	6.113	6.199
3. Veränderung des Bestandes an nicht abgerechneten Leistungen	70	-4
4. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.590	1.204
5. Sonstige betriebliche Erträge	30.630	28.115
6. Materialaufwand	217.301	247.506
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	164.235	197.005
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	53.066	50.501
7. Personalaufwand	87.970	82.865
a) Löhne und Gehälter	72.419	68.186
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung 2.312 T€ (Vorjahr 2.012 T€)	15.551	14.679
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	56.372	55.227
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	39.716	36.996
10. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	132	132
11. Erträge aus sonstigen Beteiligungen	3.609	2.455
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus Abzinsung von Rückstellungen 157 T€ (Vorjahr 0 T€)	1.128	101
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	6.598	12
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung von Rückstellungen 1.870 T€ (Vorjahr 2.359 T€)	6.167	7.910
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	16.024	16.145
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.899	3.607
18. Latente Steuern	-371	811
19. Sonstige Steuern	793	892
20. Konzernjahresüberschuss	8.703	10.835
21. Gewinnvortrag	10.331	18.129
22. Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	6.959	6.824
23. Ausschüttung an Gesellschafter	853	703
24. Einstellungen in Gewinnrücklagen	1.291	11.106
25. Konzernbilanzgewinn	9.931	10.331

Konzernanhang

für das Geschäftsjahr 2015

S W E S t a d t w e r k e E r f u r t G m b H , E r f u r t

I. Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss wird nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Der Anlagenspiegel ist dem Konzernanhang als Anlage beigefügt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Von der Möglichkeit, Berichtspflichten im Anhang statt in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfüllen, wurde Gebrauch gemacht.

II. Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Gemäß § 290 Abs. 1 HGB ist die SWE Stadtwerke Erfurt GmbH (SWE GmbH) verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen.

Im Konzernabschluss werden neben der SWE GmbH als Muttergesellschaft 16 (im Vorjahr 17) inländische Tochterunternehmen vollkonsolidiert und ein assoziiertes Unternehmen nach der Equity - Methode berücksichtigt. Auf die Einbeziehung der Arena Erfurt GmbH als verbundenes Unternehmen der SWE GmbH wird nach § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB verzichtet, da der beherrschende Einfluss nachhaltig beeinträchtigt ist.

Stand 31. Dezember 2015

unmittelbare Beteiligungen der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH			
	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Jahresergebnis
	%	T€	T€
SWE Energie GmbH	61,0	40.902	+20.911 ²
SWE Parken GmbH	100,0	2.962	+2.124 ¹
SWE Stadtwirtschaft GmbH	100,0	10.872	+990 ¹
SWE Service GmbH	100,0	263	+66 ¹
Erfurter Verkehrsbetriebe AG	100,0	64.975	-7.397 ¹
TUS Thüringer UmweltService GmbH	100,0	26	+267 ¹
SWE Erneuerbare Energien GmbH	100,0	6.650	+349 ¹
Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH (ega)	94,0	5.579	-5.470 ¹
ThüWa ThüringenWasser GmbH	90,0	59.079	+1.128 ¹
SWE Netz GmbH	61,0	50.745	+10.112 ²
B & R Bioverwertung & Recycling GmbH	100,0	3.073	+6 ¹
Arena Erfurt GmbH	51,0	326	-234

unmittelbare Beteiligungen der ThüWa ThüringenWasser GmbH			
	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Jahresergebnis
	%	T€	T€
GWA Gesellschaft für Wasser- und Abwasserservice mbH	100,0	3.085	+728
SWE Bäder GmbH	100,0	13.516	-591 ¹

¹ vor Ergebnisabführung bzw. Verlustausgleich und Steuerumlage an Organträger

² vor Ergebnisabführung an Organträger und Ausgleichszahlungen an Minderheitsgesellschafter

³ nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag, Absicherung durch nachrangiges Gesellschafterdarlehen

unmittelbare Beteiligungen der GWA Gesellschaft für Wasser- und Abwasserservice mbH			
	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Jahresergebnis
	%	T€	T€
Pumpenservice und Umwelttechnik Günter Eisenberg GmbH	100,0	25	- 4 ¹
Bsys Mitteldeutsche Beratungs- und Systemhaus GmbH	100,0	448	+ 658 ¹

unmittelbare Beteiligungen der Erfurter Garten- und Ausstellungen GmbH (ega)			
	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Jahresergebnis
	%	T€	T€
Bundesgartenschau Erfurt 2021 gemeinnützige GmbH	66,7	-1.449 ³	-771

Im Geschäftsjahr wurde in Umsetzung des Gesellschafterbeschlusses vom 16. März 2012 eine Einlage in die Kapitalrücklage der Erfurter Garten- und Ausstellungen GmbH (ega) in Höhe von 500 T€ als Beitrag zur Absicherung der Bundesgartenschau im Jahr 2021 eingelegt.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung der SWE Technischen Service GmbH (SWE TS GmbH) vom 25. März 2015 zur Verwendung Bilanzgewinnes aus dem Geschäftsjahr 2014 erfolgte nach Auflösung der Kapitalrücklage in Höhe von 1.350 T€ und der Gewinnrücklage in Höhe von 13 T€ eine Ausschüttung des Bilanzgewinnes in Höhe von 1.527 T€ an die Gesellschafter.

Im Geschäftsjahr wurden lt. Spaltungs- und Übernahmeverträgen vom 26. März 2015 rückwirkend zum 1. Januar 2015 mehrere Betriebsteile der SWE TS GmbH abgespalten und auf mehrere Schwesterunternehmen übertragen.

Desweiteren wurden von der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH (SWE GmbH) die Geschäftsanteile der Thüringer Energie AG und der Thüga AG an der SWE TS GmbH lt. Geschäftsanteilskauf- und Übernahmevertrag vom 26. März 2015 in Höhe von 176 T€ übernommen. Der daraus resultierende Geschäfts- und Firmenwert in Höhe von 137 T€ wird über einen Zeitraum von fünf Jahren linear abgeschrieben.

Mit Verschmelzungsvertrag vom 14. Juli 2015 gingen die restlichen Geschäftsanteile in Höhe von 82 T€ der SWE TS GmbH per 31. März 2015 auf die Bsys Mitteldeutsche Beratungs- und Systemhaus GmbH (Bsys GmbH) über.

Da die SWE GmbH nur mittelbar an der Bsys GmbH über die ThüWa ThüringenWasser GmbH (ThüWa GmbH) beteiligt ist, wurde der Anteil an der ThüWa GmbH im Geschäftsjahr um 258 T€ erhöht.

Mit Gesellschaftervertrag vom 2. Juli 2015 und Eintrag im Handelsregister am 17. August 2015 ist die Arena Erfurt GmbH gegründet worden, an der die SWE GmbH eine Beteiligung von 51 % hält. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung erfolgte von der SWE GmbH eine Stammkapitaleinzahlung in Höhe von 13 T€ sowie eine Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 273 T€.

Zum 31. Dezember 2015 wurde die Beteiligung auf 166 T€ wertberichtigt.

Die Pumpenservice und Umwelttechnik Günter Eisenberg GmbH (PSUT GmbH) hat ihren Sitz in Mellingen. Die übrigen Gesellschaften haben ihren Sitz in Erfurt.

Die ThüWa ThüringenWasser GmbH (ThüWa GmbH) und die GWA Gesellschaft für Wasser- und Abwasserservice mbH sind aufgrund ihrer Einbeziehung in den Konzernabschluss der SWE GmbH von ihrer Konzernrechnungslegungspflicht gemäß § 291 Abs. 1 und 2 HGB befreit.

Die |En|Da|Net GmbH, Erfurt, wird gemäß § 311 Abs. 1 HGB als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Die SWE GmbH hält unverändert zum Vorjahr 50 % am Stammkapital der |En|Da|Net GmbH. Das Eigenkapital der |En|Da|Net GmbH zum 31. Dezember 2015 beträgt 647 T€. Im Geschäftsjahr 2015 hat die Gesellschaft ein Jahresergebnis von 264 T€ erwirtschaftet. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Wesentlichen analog der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Stadtwerke Erfurt Gruppe angewandt.

III. Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte bis zum Geschäftsjahr 2009 nach der Buchwertmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten der Beteiligungen mit dem auf den Konzern entfallenden Anteil am Eigenkapital des Unternehmens zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss.

Durch die Anwendung des HGB i. d. F. BilMoG beginnend ab dem 1. Januar 2010 wird im Rahmen der Erstkonsolidierung nach der Neubewertungsmethode der Wertansatz der konsolidierungspflichtigen Anteile mit dem darauf entfallenden neubewerteten Eigenkapital des Tochterunternehmens nach § 301 Absatz 1 S. 2 HGB verrechnet.

Aktive Unterschiedsbeträge bis zum Geschäftsjahr 2009 wurden als Geschäfts- oder Firmenwert offen mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Ab 2010 erfolgt dazu ein saldierter Ausweis mit den anderen Gewinnrücklagen.

Beginnend ab dem Geschäftsjahr 2010 wird ein nach der Verrechnung verbleibender aktiver Unterschiedsbetrag als Geschäfts- oder Firmenwert auf der Aktivseite der Bilanz angesetzt und über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Passive Unterschiedsbeträge wurden entsprechend ihrem bilanziellen Charakter den Kapitalrücklagen zugeordnet und gesondert als Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung ausgewiesen.

Anteile konzernfremder Gesellschafter werden ausgehend von dem jeweils am Bilanzstichtag vorhandenen Eigenkapital ermittelt und gemäß § 307 HGB als Ausgleichsposten für Anteile konzernfremder Gesellschafter ausgewiesen.

Die Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen wird mit dem Buchwert angesetzt und entsprechend § 312 HGB fortentwickelt.

Im Übrigen wurden die Aufwendungen und Erträge sowie Forderungen und Schulden zwischen den einbezogenen Gesellschaften, soweit gesetzlich vorgeschrieben, aufgerechnet. Eine Zwischenergebniseliminierung nach § 304 HGB war nicht vorzunehmen.

Auf ergebniswirksame Konsolidierungsmaßnahmen wurden Steuerabgrenzungen mit einem Steuersatz von 32,28 % vorgenommen.

IV. Angaben und Erläuterungen zu Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen

Die Abschlüsse der in den Konzern einbezogenen Unternehmen wurden nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der SWE GmbH erstellt.

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt. Den planmäßigen Abschreibungen liegen die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern entsprechend der steuerlichen Abschreibungstabellen zu Grunde.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Berücksichtigung angemessener Material- und Fertigungsgemeinkosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen ausgewiesen. Die Abschreibungen werden auf Basis der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern entsprechend der steuerlichen Abschreibungstabellen vorgenommen und erfolgen linear. Geringwertige Vermögensgegenstände bis 1.000,00 € werden im Jahr des Zuganges voll wertberichtigt.

Bis zum 31. Dezember 2007 wurde bei Zugängen des Sachanlagevermögens teilweise die degressive Abschreibung zum steuerlichen Höchstsatz vorgenommen. Nach Artikel 67 Absatz 4 EGHGB wird von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die niedrigeren Wertansätze fortzuführen.

Fremdkapitalzinsen werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bzw. niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bzw. zu gleitenden Durchschnittspreisen unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips.

Die Forderungen werden grundsätzlich mit dem Nominalwert oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Zweifelhafte Forderungen sind wertberichtigt, uneinbringliche Forderungen wurden ausgebucht. Für das allgemeine Kreditrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung gebildet.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden grundsätzlich mit dem Nominalwert oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert am Bilanzstichtag angesetzt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, soweit diese Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem darstellen, angesetzt.

Die Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen der Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen in den Einzelabschlüssen der einbezogenen Unternehmen ergeben einen Aktivüberhang an latenten Steuern. Von dem Wahlrecht zur Aktivierung von latenten Steuern nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung wurde für die in der DM-Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 bilanzierten Rückstellungen angesetzt. Es wird in Höhe der Inanspruchnahme dieser Rückstellungen aufgelöst.

Investitionszuschüsse werden unter einem Sonderposten ausgewiesen und korrespondierend zur Abschreibungsdauer der bezuschussten Sachanlagen aufgelöst.

Die empfangenen Ertragszuschüsse werden grundsätzlich linear über einen Zeitraum von 20 Jahren aufgelöst. Im Fernwärmebereich erfolgt die Auflösung vertragsorientiert.

Die Pensionsrückstellungen sind in Höhe von 5.209 T€ (Vorjahr 4.673 T€) unter Verwendung des Teilwertverfahrens für aktive Arbeitnehmer, sonst mit dem versicherungsmathematischen Barwert der Versorgungsverpflichtungen ermittelt worden. Gehaltstrends waren nicht zu unterstellen. In der Berechnung wurde neben den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck, Köln, entsprechend den vertraglichen Regelungen eine Rentendynamik von 0 % bzw. 2 % angenommen, die Diskontierung erfolgte mit einem Zinssatz von 3,94 % (Gutachten HDI) bzw. 3,89 % (Gutachten Mercer). Für die Bestimmung des Diskontierungssatzes wurde nach § 253 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB der durchschnittliche Marktzinssatz bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren angewendet.

Soweit es sich um voll kongruent rückgedeckte Versorgungszusagen handelt, sind die Pensionsrückstellungen mit dem Wert der Rückdeckungsversicherung bilanziert. Die Pensionsrückstellungen wurden mit dem Planvermögen saldiert, soweit die Rückdeckungen verpfändet sind. Der zugrunde zu legende Zeitwert des verrechneten Deckungsvermögens beträgt 1.235 T€. Die Pensionsrückstellungen vor Verrechnung mit Deckungsvermögen betragen 6.444 T€ (Vorjahr 5.806 T€).

Die Jubiläumsrückstellungen wurden unter Verwendung der PUC-Methode mit einem Rechnungszinssatz von 3,89 % und einem Gehaltstrend von 2,75 % berechnet. Für die Berücksichtigung der Fluktuation wurden alters- und geschlechtsabhängige Fluktuationswahrscheinlichkeiten verwendet. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden unter Anwendung eines Rechnungszinssatzes von 2,08 % und einem jährlichen Gehaltstrend von 2,00 % nach den Regeln der Versicherungsmathematik bewertet. Für die Bestimmung des Diskontierungssatzes wird von der durchschnittlichen tatsächlichen Restlaufzeit aller Verpflichtungen ausgegangen.

Die Rückstellungen für ausstehenden Urlaub und Gleitzeit wurden unter Berücksichtigung von Tarifierhöhungen mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen wurden bei der Bemessung der Rückstellungshöhe berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen Zinssätzen abgezinst.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde für Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die Erträge für einen bestimmten Zeitraum danach darstellen, gebildet.

V. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Der Bestand und die Entwicklung der einzelnen Posten des **Anlagevermögens** sind im Konzernanlagenspiegel dargestellt.

Das unter den **immateriellen Vermögensgegenständen** ausgewiesene Nutzungsrecht der SWE Parken GmbH für das Objekt „Hauptbahnhof II. BA“ (2.041 T€) wurde am 21. Dezember 2005 mit einer Vertragslaufzeit von 50 Jahren abgeschlossen.

Ein sich aus der Erstkonsolidierung der Windwärts KG ergebender Geschäfts- oder Firmenwert des Geschäftsjahres 2012 wird über eine Nutzungsdauer von 5 Jahren linear abgeschrieben.

Unter den **Finanzanlagen** werden die Anteile der nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen Beteiligungen sowie sonstige Ausleihungen ausgewiesen. Die **Beteiligungen** betreffen insbesondere die VNG-Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig, in Höhe von 61.902 T€ und die Kom9 GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau, in Höhe von 5.609 T€. Bei den **sonstigen Ausleihungen** in Höhe von 4 T€ handelt es sich um Darlehen an Betriebsangehörige.

Der Beteiligungsbuchwert an der |En|Da|Net GmbH als assoziiertes Unternehmen wurde unter Berücksichtigung des anteiligen Jahresergebnisses 2015 fortgeschrieben. Die im Geschäftsjahr 2015 vereinbarte Gewinnausschüttung in Höhe von 132,5 T€ wurde vom Beteiligungswertansatz abgesetzt.

Die **Forderungen gegen Gesellschafter und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen im Wesentlichen Forderungen aus Lieferung und Leistungen, davon gegenüber der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt i.H.v. 1.425 T€ (Vorjahr 2.110 T€).

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** haben grundsätzlich eine Restlaufzeit von nicht mehr als einem Jahr.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche i.H.v. 4.889 T€ (Vorjahr 13.248 T€), die hauptsächlich aus noch nicht anrechenbaren Vorsteuern resultieren, die rechtlich erst nach dem Bilanzstichtag entstehen sowie Forderungen aus einem Forderungskauf- und Abtretungsvertrag i.H.v. 6.071 T€. Mit dem Forderungskauf- und Abtretungsvertrag vom 8. Dezember 2015 hat die SWE N GmbH ihre Forderung gegenüber dem Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz Transmission GmbH auf Zahlung der gesetzlichen KWK-Förderung an die SWE S GmbH zum Nennwert verkauft. Die sonstigen Vermögensgegenstände haben mit Ausnahme des Aktivwertes einer Rückdeckungsversicherung (436 T€; Vorjahr 410 T€) sowie den Forderungen aus dem Forderungskauf- und Abtretungsvertrag eine Laufzeit von nicht mehr als einem Jahr.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält Anschlusskostenbeiträge, Disagien in Höhe von 44 T€ (Vorjahr 77 T€) und CAP-Prämien zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken für Darlehen.

Die **gebundene Kapitalrücklage** beinhaltet den Gegenwert der von der Landeshauptstadt Erfurt in die SWE Stadtwerke Erfurt GmbH eingelegten Beteiligung an der Erfurter Verkehrsbetriebe AG.

Der **Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung** (25.181 T€) resultiert aus der Erstkonsolidierung der ThüWa ThüringenWasser GmbH (19.708 T€), der Erfurter Verkehrsbetriebe AG (3.678 T€) sowie der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH (ega). Der aus der Erstkonsolidierung resultierende passive Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH (ega) (1.795 T€) hat sich aufgrund einer Kapitaleinlage der SWE GmbH in die Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH (ega) gegenüber dem Vorjahr gemindert.

Der **Bilanzgewinn** hat sich wie folgt entwickelt:

	2015	2014
	T€	T€
Konzernjahresüberschuss	8.703	10.835
Gewinnvortrag	10.331	18.129
Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	6.959	6.824
Ausschüttung an Gesellschafter	853	703
Einstellung in Gewinnrücklagen	1.291	11.106
Konzernbilanzgewinn	9.931	10.331

Der **Ausgleichsposten für Anteile im Fremdbesitz** umfasst die Anteile fremder Gesellschafter an Konzernunternehmen.

Die **Steuerrückstellungen** betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von 1.583 T€ (Vorjahr 36 T€) und Gewerbesteuer in Höhe von 2.210 T€ (Vorjahr 397 T€) sowie eine Rückstellung für Steuernachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 943 T€ (Vorjahr 807 T€).

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen im Wesentlichen Verpflichtungen für Altlastensanierung, Rekultivierung und Rückbau von 28.397 T€ (Vorjahr 27.870 T€) sowie Personalkosten von 14.002 T€ (Vorjahr 13.562 T€). Weiterhin sind in den sonstigen Rückstellungen Aufwendungen für Strom- und Gasbezug von 2.096 T€ (Vorjahr 7.017 T€), Entschädigungszahlungen nach GBBerG von 2.289 T€ (Vorjahr 3.374 T€), Preisänderungsrisiken von 3.371 T€ (Vorjahr 4.250 T€), Rückstellungen aus dem netzwirtschaftlichen Bereich von 1.744 T€ (Vorjahr 2.769 T€), Risiken im Rahmen Insolvenzanfechtung von 392 T€ (Vorjahr 1.031 T€) und ausstehende Rechnungen von 3.158 T€ (Vorjahr 2.571 T€) enthalten.

Die nach § 249 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 HGB a. F. gebildeten Aufwandsrückstellungen von 5.297 T€ (Vorjahr 5.410 T€) und Instandhaltungsrückstellungen von 1.562 T€ (Vorjahr 1.597 T€) wurden nach Artikel 67 Absatz 3 Satz 1 EGHGB beibehalten und fortgeführt.

Die sich aus den Konsolidierungsmaßnahmen ergebenden **passiven latenten Steuern** in Höhe von 1.265 T€ wurden mit den aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge in Höhe von 846 T€ verrechnet. Berücksichtigt sind steuerliche Verlustvorträge, deren Realisierung in den nächsten fünf Jahren anhand der Fünf-Jahres-Unternehmensplanung erwartet wird. Die Steuerquote beträgt insgesamt 32,28 %. Davon entfallen 15,83 % auf die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag und 16,45 % auf die Gewerbesteuer.

Die **Verbindlichkeiten** in der Konzernbilanz haben folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeitspiegel in T€				
Position in der Bilanz	Gesamtbetrag	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu einem Jahr	über ein bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	155.703 (179.678)	25.449 (68.784)	88.979 (65.259)	41.275 (45.635)
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen (Vorjahr)	375 (351)	375 (351)		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	25.248 (29.608)	22.873 (29.178)	375 (430)	
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr)	8.386 (8.268)	8.386 (8.268)		
davon gegenüber Gesellschaftern (Vorjahr)	7.712 (7.707)	7.712 (7.707)		
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	7.083 (8.604)	7.083 (8.604)	0 (0)	
davon aus Steuern (Vorjahr)	2.383 (3.617)	2.383 (3.617)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit (Vorjahr)	0 (0)	0 (0)		
SUMME (Vorjahr)	196.795 (226.509)	66.166 (115.185)	89.354 (65.689)	41.275 (45.635)

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, resultieren insbesondere aus Ausgleichszahlungen an die Thüringer Energie AG, Erfurt, und die Thüga Aktiengesellschaft, München, im Rahmen der Ergebnisabführungsverträge der SWE Netz GmbH in Höhe von 2.835 T€ (Vorjahr 2.899 T€) und der SWE Energie GmbH in Höhe von 4.412 T€ (Vorjahr 4.071 T€).

Des Weiteren werden hier Verbindlichkeiten gegenüber der Landeshauptstadt Erfurt in Höhe von 391 T€ (Vorjahr 378 T€) ausgewiesen, davon 332 T€ aus Lieferungen und Leistungen und 59 T€ aus sonstigen Verbindlichkeiten.

VI. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die ausschließlich im Inland erzielten **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2015	2014
	T€	T€
Strom, Gas und Wärme	210.517	243.238
Netznutzung	47.367	40.953
Abfallentsorgung und -verwertung	43.179	42.411
Wasser	25.578	24.956
Verkehrsleistungen	36.286	35.127
Freizeit und Bäder	7.915	7.808
Parken	3.578	2.359
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	3.558	4.211
Sonstige Umsatzerlöse	8.898	7.396
	386.876	408.459

Die **Umsatzerlöse** beinhalten 3.094 T€ (im Vorjahr 2.549 T€) periodenfremde Erlöse.

Der Ausweis der **Finanzhilfen und Zuschüsse** in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung betrifft Finanzhilfen des Freistaates Thüringen und Zuschüsse der Kreise Gotha, Sömmerda und Weimarer Land für den Öffentlichen Personennahverkehr.

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind neben der Auflösung der Sonderposten aus Investitionszulagen und -zuschüssen von 13.290 T€ (Vorjahr 13.071 T€) und der Auflösung von Rückstellungen von 5.447 T€ (Vorjahr 4.532 T€) auch sonstige periodenfremde Erträge von 2.619 T€ (Vorjahr 2.201 T€) enthalten.

Im **Materialaufwand** sind 711 T€ (Vorjahr 855 T€) periodenfremde Aufwendungen enthalten.

Die **Abschreibungen** beinhalten in 2015 außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 4.849 T€ Vorjahr (3.126 T€).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** beinhalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1.744 T€ (Vorjahr 2.063 T€). Diese resultieren im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme der Erlösgrenzung für Strom, Gas und Fernwärme für das Vorjahr.

Die **Abschreibungen auf Finanzanlagen** enthalten im Wesentlichen jeweils Wertberichtigungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB bzgl. der verbundenen Unternehmung Arena Erfurt GmbH von 119 T€ (Vorjahr 0 T€) sowie Abwertungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert von VNG-Aktien von 6.479 T€ (Vorjahr 0 T€).

Im **Zinsergebnis** werden neben den saldierten Aufwendungen und Erträgen aus Vermögensgegenständen des Deckungsvermögens von -10 T€ (Vorjahr 6 T€) auch die saldierten Zinsanteile von 84 T€ (Vorjahr 86 T€) aus der Zuführung von Pensionsrückstellungen berücksichtigt.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** enthalten – Vorjahre betreffend – Steuernachzahlungen in Höhe von 936 T€ (Vorjahr 0 T€) sowie Steuererstattungen in Höhe von 1.943 T€ (Vorjahr 0 T€).

VII. Sonstige Angaben

Die **sonstigen finanziellen Verpflichtungen** des Konzerns bestehen aus den erteilten Bestellungen, insbesondere für Investitionen in Höhe von 6.797 T€. Die jährlichen Verpflichtungen aus Dauerschuldverhältnissen mit unbestimmten Laufzeiten sowie Laufzeiten bis 63 Jahren betragen voraussichtlich 23.445 T€, davon 10.600 T€ aus dem Netznutzungsvertrag mit der TEN Thüringer Energienetze GmbH, 2.478 T€ aus der Anmietung des Kommunalen Dienstleistungszentrums (Laufzeit bis 2018 bzw. 2033), 1.599 T€ für die Wartung von Hard- bzw. Software und 318 T€ aus dem Deponiepachtvertrag (Laufzeit bis 2039). Darin enthalten sind auch jährliche Pachtzahlungen für das Forum I und IV in Höhe von 600 T€ mit einer Laufzeit von 9 Jahren sowie Erbbaurechtsverpflichtungen von jährlich 62 T€ mit Laufzeiten von 51 bzw. 62 Jahren. Des Weiteren bestehen langfristige Abnahmeverpflichtungen aus dem Fernwasserliefervertrag mit einer Laufzeit bis 2024 in Höhe von 5.813 T€ sowie der im Durchführungsvertrag geregelten Vergütung zwischen der BUGA Erfurt 2021 und der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG) in Höhe von 3.450 T€.

Darüber hinaus bestehen für die nächsten zwei Geschäftsjahre aus branchenüblichen, klauselbedingten Gasbezugsverträgen Mindestabnahmeverpflichtungen in Höhe von 852 GWh. Diesen beschafften Mengen stehen auf der Vertriebsseite zu einem großen Teil bereits realisierte in die Zukunft gerichtete Verkaufskontrakte gegenüber. Die noch verfügbaren Mengen werden sukzessive entsprechend über weitere Vertriebsaktivitäten in Verkaufspositionen überführt.

Für die **Eventualverbindlichkeiten** aus den in 2002 abgeschlossenen US-Lease-to-Service-Contract-Transaktionen haftet die EVAG für die Eigenkapitalanlage des Investors. Aufgrund einer im neuen Geschäftsjahr erfolgten Vertragsanpassung, die zu einer Beendigung des Geschäftes führte, ist mit einer Inanspruchnahme nicht mehr zu rechnen.

Der Bestand der Emissionsberechtigungen hat sich im Geschäftsjahr 2015 wie folgt entwickelt:

Bestand zum 1. Januar 2015	784.147
Verbrauch 2014	264.305
Zuteilung 2015	91.411
Kauf 2015	72.500
Bestand per 31. Dezember 2015	683.753

Zum Ende des Geschäftsjahres 2015 ergibt sich ein Bestand von 683.753 Emissionszertifikaten (davon 99.554 unentgeltliche Zertifikate). Der Marktwert der unentgeltlich zugeteilten Zertifikate per 31. Dezember 2015 beträgt 8,29 € pro Tonne.

Derivative Finanzinstrumente wurden zur Begrenzung bzw. zum Ausschluss von Zinsänderungsrisiken aus Bankkrediten und Preissteigerungsrisiken aus dem Dieselbedarf abgeschlossen. Da die Sicherungsentscheidungen ausschließlich auf das Risikomanagement zu Grundgeschäften gerichtet sind und die Sicherungsgeschäfte mit Durchhalteabsicht abgeschlossen werden, wurden sämtliche Sicherungsbeziehungen durch die Bildung von Bewertungseinheiten bilanziell nachvollzogen. Wertänderungen einzelner Bestandteile dieser wirksamen Bewertungseinheiten werden nach der Einfrierungsmethode nicht bilanziert.

Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente richtet sich weder auf die Optimierung von Anlagekonditionen noch auf die Erzielung von Zusatzerträgen ohne Bezug zu Grundgeschäften und steht damit im Einklang mit den definierten Möglichkeiten der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung).

Die gebildeten Bewertungseinheiten bestehen überwiegend aus unmittelbaren, direkten Beziehungen von einem Grundgeschäft zu einem entsprechenden derivativen Finanzinstrument (Microhedges). Insbesondere für Anschlusssicherungen zu Kreditgrundgeschäften und Anschlussfinanzierungen sind die Bewertungseinheiten aus Effizienzgründen aus mehreren Kreditgrundgeschäften bzw. mehreren Sicherungsgeschäften gebildet worden (Portfoliohedges).

Für beide Arten von Bewertungseinheiten stimmen die wertbestimmenden Faktoren zwischen den abgesicherten Teilen der Grundgeschäfte und den absichernden Teilen der Sicherungsinstrumente (z. B. Nominalbetrag, Referenzzinssatz und Laufzeit) in einem Maße überein, dass die Wirksamkeit der Bewertungseinheiten sowohl in deren rückwirkender Ermittlung als auch prospektiver Beurteilung über die gesamte Laufzeit der derivativen Finanzinstrumente erfüllt ist. Aufgrund des Vorliegens wirksamer Bewertungseinheiten besteht für diese geschlossenen Positionen mit negativen Marktwerten der Sicherungsgeschäfte kein Rückstellungsbedarf.

Zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken sind derivative Finanzinstrumente (CAP, SWAP) für bestehende variabel verzinsliche Darlehen in Höhe von 126.525 T€, bezogen auf das jeweilige Ausgangsnominal, mit Restlaufzeiten zwischen 0,5 und 9,75 Jahren im Bestand.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 betragen die Nominalwerte der derivativen Finanzinstrumente zur Zinssicherung 72.100 T€. Die beizulegenden Zeitwerte der bestehenden derivativen Finanzinstrumente zur Zinssicherung betragen -4.407 T€, wie sie von den Vertragspartnern als Marktwerte bekannt gegeben wurden. Die negativen Marktwerte der Zinsswaps resultieren aus den zu den Absicherungszeitpunkten gegenüber dem Bilanzstichtag höheren Marktzinsniveaus.

Die mit dem Vertragsschluss bereits gezahlten Zinscap-Prämien sind zum Bilanzstichtag als aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 34 T€ bilanziert worden. Die zeitanteilige Auflösung der Cap-Prämien hat den Zinsaufwand für Darlehen im Geschäftsjahr um 31 T€ erhöht.

Zur Begrenzung von Preissteigerungsrisiken für den flottenbedingten Dieselbedarf wurden in 2014 derivative Finanzinstrumente (Collar) für 40 % des für den Zeitraum vom 01.04.2014 bis zum 30.12.2016 aus den abzudeckenden Linien bestehenden erwarteten Dieselbedarfes mit einem Sicherungsnominal von 2.574 metrischen Tonnen abgeschlossen. Per 31.12.2015 beträgt das verbleibende Sicherungsnominal 936 metrische Tonnen. Die beizulegenden Zeitwerte der bestehenden Dieselcollars, wie er von den Vertragspartnern als Marktwert bekannt gegeben wurde, betragen aufgrund der gefallenen Dieselpreise zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 insgesamt -254 T€. Im Geschäftsjahr 2015 haben Ausgleichszahlungen aus den bestehenden Dieselcollars in Höhe von 143 T€ dieselaufwandserhöhend gewirkt.

Die SWE Stadtwerke Erfurt GmbH (SWE GmbH) macht beim Ausweis der **latenten Steuern** vom Saldierungswahlrecht Gebrauch.

Von dem Wahlrecht zur Aktivierung von latenten Steuern nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

In die Berechnung der latenten Steuern sind auch die Latenzen der Tochtergesellschaften SWE Energie GmbH, SWE Netz GmbH, ThüWa ThüringenWasser GmbH, EVAG, SWE Parken GmbH, SWE Stadtwirtschaft GmbH, B & R Bioverwertung und Recycling GmbH, TUS Thüringer UmweltService GmbH, SWE Service GmbH und SWE Erneuerbare Energien GmbH einbezogen.

Die Latenzen ergeben sich im Wesentlichen aus nachfolgenden Sachverhalten.

Vereinbarte Baukostenzuschüsse, Hausanschlusskosten und andere Investitionszuschüsse werden in der Steuerbilanz aktivisch von den technischen Anlagen und Maschinen abgesetzt. In der Handelsbilanz wird der Bruttoausweis gewählt. Die durch die Umgliederung entstehenden aktiven latenten Steuern werden mit den passiven latenten Steuern verrechnet.

Weitere aktive latente Steuern resultieren hauptsächlich aus temporären Differenzen aus steuerlich nicht nachvollzogenen Abschreibungen im Sachanlagevermögen aus den Vorjahren (z. B. bei Leitungsanlagen, der Basisabdichtung von Deponierungsflächen) und aus der abweichenden steuerlichen Bewertung der geringwertigen Wirtschaftsgüter.

Ebenso ergeben sich Latenzen aus den unterschiedlichen Ansätzen in der Handels- und Steuerbilanz (z. B. durch verschiedene Diskontierungssätze und durch den Nichtansatz der handelsrechtlich zulässigen Kostensteigerungen in der Steuerbilanz) bei den Personalrückstellungen wie Pensionen, Altersteilzeit, Gleitzeit, Jubiläum, ausstehenden Urlaub und den sonstigen Rückstellungen (z. B. Kosten für Abschluss und Prüfung, Rückbau, Rechtsstreitigkeiten). Außerdem ergeben sich Latenzen für Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften.

Die Pensionsrückstellungen werden in der Handelsbilanz mit den Ansprüchen aus der Rückdeckungsversicherung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert. Die aus den handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Wertansätzen der Pensionsrückstellungen und den Ansprüchen aus der Rückdeckungsversicherung entstehenden passiven latenten Steuern werden mit den aktiven latenten Steuern aus der Umgliederung der Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung verrechnet. Bei einem Teil der Rückstellungen für Pensionen sind die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfüllt. Eine Saldierung der Rückdeckungsansprüche mit der Pensionsrückstellung wird in diesen Fällen nicht vorgenommen.

Aufgrund steuerlich nicht anerkannter Rückstellungen wie der Drohverlustrückstellung sowie nach § 249 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 HGB a. F. gebildete und nach Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehaltene Rückstellungen entstehen aktive latente Steuern.

Weitere aktive latente Steuern entstehen aus der abweichenden steuerlichen Bewertung der Rückstellungen für Rekultivierung und Abbau.

Durch die Abzinsung in der Steuerbilanz von unverzinsten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (z. B. Sicherheitseinbehalte) sowie sonstigen Verbindlichkeiten (z. B. Mietkautionen), deren Laufzeit noch mindestens ein Jahr beträgt, entstehen aktive Latenzen, die zu aktiven latenten Steuern führen.

Die steuerlichen Verlustvorträge werden bei der Berechnung der aktiven latenten Steuern im Rahmen der Gesamtdifferenzbetrachtung einbezogen. Hierbei werden aktive latente Steuern für temporäre Bilanzdifferenzen sowie für Verlustvorträge aggregiert.

Die SWE Stadtwerke Erfurt GmbH muss ihr steuerliches Einkommen nach § 8 KStG i. V. m. § 4 Abs. 6 KStG ermitteln. Die Ermittlung des Einkommens muss danach getrennt nach Sparten erfolgen.

Die Sparte Versorgung/Verkehr/ruhender Verkehr weist einen körperschaftsteuerlichen Verlust aus Vorjahren aus, der in 2015 durch die SWE Stadtwerke Erfurt GmbH vollständig in Anspruch genommen wird.

Die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und Steuerentlastung sind mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet. Die Steuerquote beträgt insgesamt 32,28 Prozent. Davon entfallen 15,83 Prozent auf die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag und 16,45 Prozent auf die Gewerbesteuer.

Da alle Konzernunternehmen ihren Sitz im Inland haben, wurde für die Bewertung der **latenten Steuern** aus Konsolidierungsmaßnahmen ein einheitlicher Steuersatz von 32,28 % (Vorjahr 32,28 %) angewendet.

Die **Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten** ist nachfolgend dargestellt.

	Konzern
	Durchschnitt nach HGB
Beschäftigte	1.677
davon gewerbliche Angestellte	437
davon Angestellte	1.240
Geringfügig Beschäftigte	16
Saisonkräfte	11
Gesamt	1.704

In 2015 waren im Konzern außerdem durchschnittlich 94 Auszubildende beschäftigt.

Das **Gesamthonorar des Abschlussprüfers** des Konzernabschlusses sowie die berechneten Honorare der Abschlussprüfer der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind wie folgt aufgeschlüsselt.

	Honorar des Abschlussprüfers des Mutterunternehmens	Honorare der Abschlussprüfer der einbezogenen Tochterunternehmen
	T€	T€
Abschlussprüfungsleistungen	64	120
andere Bestätigungsleistungen	8	14
Steuerberatungsleistungen	169	0
sonstige Leistungen	24	16

Die **Kapitalflussrechnung** 2015 wurde gemäß dem neuen DRS 21 erstellt.

Die Vorjahreswerte wurden ebenfalls an den neuen Standard angepasst.

Die **Gesamtbezüge des aktiven Geschäftsführers** belaufen sich im Geschäftsjahr 2015 auf 255.848,89 €. Darin enthalten sind das Bruttogehalt in Höhe von 184.999,92 € sowie die Vergütung für die Bereitstellung eines Dienstwagens und die Beiträge für eine arbeitgeberfinanzierte Altersversorgung. Die Tantieme des Geschäftsjahres 2014 wurde im Jahr 2015 in Höhe von 45.000,00 € ausgezahlt.

Die **Gesamtbezüge der freigestellten Geschäftsführer** belaufen sich im Geschäftsjahr 2015 auf 10.485,50 €. Darin enthalten sind Beiträge für eine arbeitgeberfinanzierte Altersversorgung. Der Anteil an den Pensionsrückstellungen per 31. Dezember 2015 beträgt für ehemalige Geschäftsführer 909.483,00 €.

Erfurt, 27. April 2016

SWE Stadtwerke Erfurt GmbH



Peter Zaiß
Geschäftsführer

Anlage zum Konzernanhang
Anlagenspiegel

Anlagenspiegel

SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Erfurt

Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagegitter)

Konzernabschluss Geschäftsjahr 2015

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				
	01.01.2015	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2015
	T€	T€	T€	T€	T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	24.999	826	625	220	26.230
2. Geschäfts- oder Firmenwert	484	137	0	0	621
3. Geleistete Anzahlungen	1.087	1.996	-631	108	2.344
	26.570	2.959	-6	328	29.195
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	238.458	1.541	317	552	239.764
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.177.995	17.668	12.182	6.565	1.201.280
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	61.937	3.652	609	1.949	64.249
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	16.589	8.591	-13.102	121	11.957
	1.494.979	31.452	6	9.187	1.517.250
III. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen an verbundenen Unternehmen	0	285	0	0	285
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	324	132	0	132	324
3. Beteiligungen	73.513	571	0	0	74.084
4. Sonstige Ausleihungen	5	0	0	1	4
	73.842	988	0	133	74.697
	1.595.391	35.399	0	9.648	1.621.142

Abschreibungen				Buchwerte		
01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Zu- schreibung	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
T€	T€	T€		T€	T€	T€
17.038	1.614	220	0	18.432	7.798	7.961
205	134	0	0	339	282	279
0	0	0	0	0	2.344	1.087
17.243	1.748	220	0	18.771	10.424	9.327
128.245	5.542	399	1.600	131.788	107.976	110.213
729.847	45.136	6.447	0	768.536	432.744	448.148
51.029	3.947	1.945	0	53.031	11.218	10.908
0	0	0	0	0	11.957	16.589
909.121	54.625	8.791	1.600	953.355	563.895	585.858
0	119	0	0	119	166	0
0	0	0	0	0	324	324
50	6.479	0	0	6.529	67.555	73.463
0	0	0	0	0	4	5
50	6.598	0	0	6.648	68.049	73.792
926.414	62.971	9.011	1.600	978.774	642.368	668.977

SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Erfurt

Konzernkapitalflussrechnung

		2015 T€	2014 T€
1.	Konzern - Jahresüberschuss (einschließlich Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter)	8.703	10.835
2.	Zu-/Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände und Sachanlagen	54.772	55.131
3.	Zu-/Abschreibungen Finanzanlagevermögen	6.598	0
4.	Zu-/Abnahme der Rückstellungen	-5.399	-3.396
5.	Sonstige zahlungsunwirksame Erträge einschließlich der Auflösung von Sonderposten zum Anlagevermögen und Empfangener Ertragszuschüsse	-17.019	-17.054
6.	Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	12.904	-3.663
7.	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-6.749	-1.298
8.	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-129	316
9.	Zinsaufwendungen/Zinserträge	4.060	5.118
10.	sonstige Beteiligungserträge	-3.609	-2.455
11.	Ertragsteueraufwand/-ertrag	6.899	3.607
12.	Ertragsteuerzahlungen	-1.340	-4.684
13.	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	59.691	42.457
14.	Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-2.959	-2.032
15.	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	633	873
16.	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-31.319	-30.152
17.	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögen	1	13
18.	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-892	0
19.	Erhaltene Zinsen	0	1
20.	Erhaltene Dividenden	2.798	1.955
21.	Cashflow aus Investitionstätigkeit	-31.738	-29.342
22.	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	7.724	5.929
23.	Einzahlung durch Darlehensaufnahmen	41.338	24.030
24.	Auszahlung für Darlehenstilgungen	-64.937	-28.692
25.	Gezahlte Zinsen	-4.074	-5.072
26.	Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-853	-703
27.	Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	-7.406	-6.960
28.	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-28.208	-11.468
29.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-255	1.647
30.	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.340	693
31.	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.085	2.340

SWE Stadtwerke Erfurt GmbH, Erfurt

Eigenkapitalspiegel

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-Eigenkapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis	Eigenkapital Mutterunternehmen	Minderheitenanteile am Kapital	Minderheitenanteile am erwirtschafteten Konzernergebnis	Konzern-Eigenkapital
	T€	T€	T€ ²	T€ ¹	T€	T€	T€	T€
Stand 01.01.2015	10.000	139.633	60.114	8.582	218.329	38.766	-748	256.347
Umgliederung aus Sonderrücklage			1	-2	-1	1		0
Erstkonsolidierung			0		0	0		0
Änderung der Beteiligungsquote bei vollkonsolidierten Tochterunternehmen		-25			-25	-412		-437
Veränderung des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung		-30	0		-30	30		0
Gewinnausschüttung Konzern			-853		-853			-853
Jahresüberschuss-			1.745		1.745		6.958	8.703
Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter					0		-7.246	-7.246
Stand 31.12.2015	10.000	139.578	61.007	8.580	219.165	38.385	-1.036	256.514

¹ nur Sonderrücklage² davon 26.826 T€ disponibler Betrag der Gesellschafter des Mutterunternehmens

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-Eigenkapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis	Eigenkapital Mutterunternehmen	Minderheitenanteile am Kapital	Minderheitenanteile am erwirtschafteten Konzernergebnis	Konzern-Eigenkapital
	T€	T€	T€ ²	T€ ¹	T€	T€	T€	T€
Stand 01.01.2014	10.000	139.663	56.803	8.587	215.053	38.734	-558	253.229
Umgliederung aus Sonderrücklage			3	-5	-2	2		0
Erstkonsolidierung			0		0	0		0
Änderung der Beteiligungsquote bei vollkonsolidierten Tochterunternehmen					0			0
Veränderung des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung		-30	0		-30	30		0
Gewinnausschüttung Konzern			-703		-703		-44	-747
Jahresüberschuss-			4.011		4.011		6.824	10.835
Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter					0		-6.970	-6.970
Stand 31.12.2014	10.000	139.633	60.114	8.582	218.329	38.766	-748	256.347

¹ nur Sonderrücklage² davon 28.553 T€ disponibler Betrag der Gesellschafter des Mutterunternehmens

Rechtliche Verhältnisse des Mutterunternehmens

Firma	SWE Stadtwerke Erfurt GmbH
Sitz	Erfurt
Handelsregister	HRB-Nr. 102 493 im Handelsregister des Amtsgerichts Jena; letzter Auszug vom 12. Januar 2016
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 14. Januar 2010.
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	10.000.100,00 €
Gesellschafter	100 % Landeshauptstadt Erfurt
Organe der Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafterversammlung • Aufsichtsrat • Geschäftsführung
Geschäftsführung	<ul style="list-style-type: none"> • Hr. Peter Zaiß, Metzels <p>Der Geschäftsführer hat Einzelvertretungsbefugnis und ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.</p>
Prokura	<ul style="list-style-type: none"> • Herr Alexander Busch, Eisenach • Herr Karl-Georg Hoose, Erfurt <p>Es besteht Gesamtprokura.</p>
Aufsichtsrat	<p>Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Anhang der SWE GmbH aufgeführt.</p> <p>Nach § 11 des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus 18 Mitgliedern, davon 6 Arbeitnehmervertreter. Ebenfalls nach § 11 der Satzung ist der amtierende Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Erfurt Mitglied des Aufsichtsrates kraft seines Amtes.</p>
Geschäftstätigkeit/ Unternehmensgegenstand	<p>Gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrages vom 14. Januar 2010 ist Gegenstand des Unternehmens insbesondere zur Wahrung des öffentlichen Zwecks im Rahmen der Daseinsvorsorge das Halten und Verwalten eigenen Vermögens, namentlich der Erwerb, das Halten, das Verwalten und das Steuern von Beteiligungen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.</p> <p>Der Gesellschaft bleibt daneben ein eigenes Tätigwerden im Geschäftsverkehr im Rahmen ihrer Beteiligungen unbenommen.</p>

Unternehmensverträge	
1) Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge	<ul style="list-style-type: none"> • SWE SW GmbH vom 28. Dezember 1993, geändert am 20. November 2014 • ThüWa GmbH vom 19. Dezember 1995, geändert am 20. November 2014 • EVAG vom 18. Dezember 1996, geändert am 19. Dezember 2012 • SWE P GmbH vom 17. Dezember 1998, geändert am 25. November 2014 • TUS GmbH vom 13. September 2005, geändert am 20. November 2014 • B & R GmbH vom 23. November 2004, geändert am 20. November 2014 • ega GmbH vom 15. Juli 2010 • SWE S GmbH Ergebnisabführungsvertrag vom 27. Dezember 2001, geändert am 19. November 2014 Beherrschungsvertrag vom 7. Dezember 2010 • SWE EE GmbH vom 23. Dezember 2002, übergegangen auf die SWE GmbH mit Abspaltungsvertrag 14. Juli 2012, geändert am 20. November 2014
2) Ergebnisabführungsverträge	<ul style="list-style-type: none"> • SWE E GmbH (3. Dezember 2007, geändert am 2. Juni 2014) • SWE N GmbH (3. Dezember 2007, geändert am 28. Mai 2014)

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

DokID:

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf - außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen - der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfasst nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlass ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offensiblen Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

10 Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

